ZECK

das info aus der flora

Zeck Nr. 110, Juni 02

5. Antirassistisches Grenzcamp

Gartenzwerge auf Reisen:
Gegen Deutschtümelei und Rassismus
Für Gemütlichkeit und Revolution

www.nadir.org/camp02

Jena 12.-19.07.2002

Inhalt



Statt eines Vorworts...

... Grüsse an die MeuchefitzlerInnen. Die neue Anzeige fürs Tagungshaus müsstet ihr uns wohl noch mal zuschicken. Anscheinend hat die Diskette die lange Reise zu uns gesundheitlich nicht all zu gut überstanden, defekt... bis bald...

Impressum
V.i.S.d.P.: Klaus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20148 Hamburg
Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artikel o.ä., möglichst auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, noch möglichster in Word 5.0 bis 7.0 oder als Textdatei (die Disketten können aber nicht zurückgegeben werden!).
Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluß: ist in der Regel der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 10 Euro pro Quartal. Geld in einem Umschlag an: Zeck, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine großzügige Spende (Briefmarken oder Geld).
Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Name" ist keine Aushändigung im Sinn dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken. (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!)
Eigendruck im Selbstverlag

ICH WARTE HIER AUF EUCH. MIR REICHEN DIE AUFREGUNGEN FÜR HEUTE ...

DANN BIS GLEICH, TADEUSZ...

Kurzes

Spendenaufruf

Erinnert Ihr Euch noch an die **dufte Demo im Februar 2002**: Raus nach **Glasmoor** bei Schnee und Regen mit 500 Leuten........? Leider sind noch nicht alle Unkosten dieses Vergnügen gedeckt wie z.B. die Druckkosten für die Plakate. Wir bitten alle höflichst um einen mittleren Betrag.

Und vielleicht erinnert sich noch die eine oder andere Gruppe aus dem Vorbereitungsplenum an ihre zugesagten aber nicht eingereichten Spendenbeiträge??????!

Spenden unter dem Stichwort „Glasmoor-Demo“ an: Förderverein für Flüchtlingsarbeit in HH e.V., Ktonr 29302-200, BLZ 200 100 20, Postbank HH.

Mit verbindlichstem Dank, Eure Glasmoorgruppe (c/o Flüchtlingsrat, T. 431587)

Fest-, bzw. Gewahrsamnahmen am 09.03.2002 in Barsinghausen

Am Samstag den 09.03.2002 fand in Barsinghausen bei Hannover eine NPD-Kundgebung statt. Bei den dort stattfindenden antifaschistischen Aktivitäten wurden insgesamt 17 AntifaschistInnen in Gewahrsam, bzw. festgenommen, darunter nach unserem Wissen auch zwei Menschen aus dem Großraum Hamburg. Wir würden uns sehr freuen, wenn sich diese Leute mit uns in Verbindung setzen würden, zum einen, damit wir auf dem Laufenden bleiben, zum anderen, damit bei Bedarf ein gemeinsames Handeln bzgl. der Verfahren möglich wäre.

Kontakt: EA Hannover, Konrnstraße 28/30, 30167 Hannover. Telefonisch Mittwochs 19.00 bis 20.00 Uhr: 0511-1614765, Faxen: 0511-1616711.

AntifaWorkcamp 20.-27.7.02

An alle Gruppen, Initiativen & Verbände!

Im Juli diesen Jahres findet in Weimar/Buchenwald das 14. Antifa-Workcamp statt. Veranstaltet und organisiert wird das Camp von verschiedensten Antifa-Gruppen, Einzelpersonen und anderen politischen Vereinigungen. Neben den praktischen Arbeitsprojekten auf und an der Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwald, stehen diverse Veranstaltungen und ein umfangreiches, kulturelles Programm an. Auch in diesem Jahr erwarten wir mehrere 100 TeilnehmerInnen aus dem gesamten Bundesgebiet und dem benachbarten, europäischen Ausland.

Für nähere Infos und Detailabsprachen stehen folgende Kontaktmöglichkeiten zur Verfügung: Infoladen „Volk und Wissen“, Schlachthofstr. 25, 06844 Dessau. Phone/Fax: 0340/26 60 210/220. Mail: workcamp@gmx.de

Im Voraus vielen Dank und mit antifaschistischen Grüßen: Vorbereitungskreis Antifa-Workcamp 2002 Weimar/Buchenwald

Veranstaltungen der Gruppe Blue Note

04.06. – „Im Dienste der Revolution“ – der Filmregisseur Roman Karmen. Dokumentationsfilm.
24.06. Die DKP – das unbekannt(geworden)e Wesen
27.08. Freizeitkultur Country und Western in Deutschland
17.09. Gesellschaftliche Verhältnisse ändern? Ein alter Streit – und neue Perspektiven?
08.10. Die (marxistische) Staatsableitung
29.10. Walter Benjamins „Geschichtsphilosophische Thesen“
19.11. Die „Nelkenrevolution“ in Portugal

Die Veranstaltung am 4.6. findet im Magda-Thürey-Zentrum, Lindenallee 72 statt. Alle anderen in der Planwirtschaft, Klausstr. 10. Immer 20 Uhr.

Wir brauchen das Zentrum - für jetzt und immer!!!

Osnabrück, den 9.5.2002.

Hallo alle miteinander, da sind wir wieder: Seit dem 1. Mai 2002 haben wir die Kokschestr. 73 besetzt und wir sind dabei dort ein politisches & kreatives Zentrum entstehen zu lassen. Als wir am 1. Mai das seit Jahren leerstehende Gebäude in der Kokschestr. bezogen, dachte keiner von uns ernsthaft daran wirklich hierzubleiben. Das ganze Haus war total abgerockt und vermüllt. Die Scheiben kaputt und die Klos zerschlagen. Auf den ersten Blick also ein hoffnungsloser Fall..!? Daher sollte unsere Besetzung am 1.5. eher eine symbolische Aktion sein, um aufzuzeigen, dass während wir quasi auf der Strasse stehen, Häuser dem Verfall preisgegeben werden, um sie dann später abzureißen. Doch mittlerweile hat sich hier eine ganze Menge getan, so dass wir uns vor einer völlig neuen Situation sehen. Seit mehr als einer Woche wird inzwischen gehämmert, genagelt, geschraubt und wir haben dem alten Haus einen schönen neuen Anstrich verpasst. Des weiteren sind wir dabei, das ganze Gelände vom Müll zu befreien. Da die OWG wider erwarten keinen Strafantrag stellte, sind wir also weiterhin fleißig am Instanbesetzen und mittlerweile ist es hier so schön geworden, dass wir hier so ohne Weiteres auch nicht wieder weg wollen. Denn der Bedarf an Freiräumen ist einfach so groß, dass die Kokschestr.73 bereits jetzt von vielen Menschen als AJZ (ArbeiterInnen-Jugendzentrum) genutzt wird. Dazu kommt, dass 9 der jetzigen NutzerInnen wohnungslos sind, und irgendwo müssen wir ja bleiben. Mit der Besetzung der Kokschestr. realisieren wir nun unser Konzept eines selbstverwalteten & sozialen Zentrums in Osnabrück. Zur Umsetzung unserer Ideen & Utopien wählten wir die Aktionsform der Hausbesetzun als direkte Aktion, da die Not + der Bedarf einiger von uns so groß war, dass wir einfach nicht länger warten konnten bis irgendwer irgendwas für uns macht... Irgendwer macht nämlich nichts und schon gar nicht für uns. Anstatt uns länger von der Stadt hinhalten zu lassen und weiter unsere Zeit & Kraft in langwierigen und aussichtslosen Verhandlungen zu verschwenden, halfen wir uns eben selbst und schafften uns eine temporäre autonome Zone.

Inzwischen haben die Verhandlungen mit der OWG begonnen, und wir sehen dem Ganzen positiv entgegen, da zwar ein Abriss geplant ist, jedoch ohne dass konkrete Neubebauungspläne für das Grundstück vorliegen. Von daher haben wir uns an die OWG gewandt und sie gebeten, von einem geplanten Abriss abzusehen, bis es konkrete Neubebauungspläne gibt, und/oder wir ein geeignetes Ersatzobjekt gefunden haben. Und bis es soweit ist, haben wir vor, die Kokschestr. 73 weiterhin als AJZ zu nutzen. Schon jetzt hat sich hier ein lebendiger Treffpunkt entwickelt, in dem die Möglichkeit für soziale Kontakte, Austausch, Diskussion und Organisation besteht. Des weiteren sind wir dabei einen Infoladen, eine VolXküche sowie Proberäume für Bands einzurichten. Wir haben also hier innerhalb kürzester Zeit einen Freiraum geschaffen, wo sich Menschen jeglicher Nationalität wohl fühlen und treffen können. Ein nicht kommerzieller und sozialer Freiraum dieser Art fehlt in Osnabrück schon lange. Dass es hierfür an der Zeit war, zeigt die breite Unterstützung und Solidarität vieler bereits existierender Initiativen und Gruppen, sowie weiterer interessierter Einzelpersonen & AnwohnerInnen.

Die Besetzung ist ein Zeichen unseres Widerstandes gegen eine Politik der sozialen Ungleichheit, Ausgrenzung und Unterdrückung. Gegen die alltägliche Verwertung und Entfremdung.

Für eine Welt, in der viele Welten Platz haben, in der kein Mensch illegal ist!!!
Den Abriss der Kokschestr. 73 verhindern!!!

Wir bedanken uns bei allen AnwohnerInnen für ihr Verständnis und die breite Solidarität, die wir in den letzten Tagen erfahren durften!! Hiermit seid ihr alle herzlich eingeladen, bei uns vorbeizukommen, wir beißen nicht, sondern freuen uns schon jetzt auf euren Besuch. Bis dann!!!

Veranstaltungen im AJZ:
Fr. 10.5. Soli-Konzert mit A.O.B., Anatol + special guest, Sa. 11.5. LESUNG mit dem kurdischen Schriftsteller & Dichter „Mahmout Ako“, Mo. 20.5. Soli Konz mit DUESENJÄGER + ENDEARMENT
*jeden TAG 18-20.00 vegetarische VOLXKÜCHE
*jeden Dienstag ab 20.00 Videofilmreihe

INFOS: 0170/14 95 522
Spendenkonto: 30 30 509, BLZ: 2655 01 05, Stichwort: Kokschestr. 73.

mit solidarischen Grüßen die Besetzer- & BewohnerInnen der Kokschestr. 73

In eigener Sache

Anstelle eines der üblichen Vorworte, wollen wir uns diesmal etwas ausführlicher zu der auch in dieser Ausgabe weitergeführten Debatte um den Antisemitsmus in der Linken äußern. Ausgangspunkt war ein Beitrag des Kontaktbereichsautonomen (kba) zur Absage einer Veranstaltung der „Gruppe revolutionärer Antifaschisten" im Kölibiri gewesen.
Wir äußern uns jetzt, weil wir zum einen selbst, als ZECK, als Beispiel für den Antisemitismus in der Linken genannt und in der letzten Ausgabe für unsere Veröffentlichungspraxis kritisiert worden sind. Zum anderen wirft die Tendenz der Diskussion, in selbstgerechter Abgrenzung bzw. Umdrehung der Vorwürfe zu erstarren, für uns die Frage auf, wem oder was mit einer Fortsetzung eigentlich gedient ist.
Zunächst zur Veröffentlichungspraxis: Die ZECK ist so gut bzw. so schlecht wie diejenigen, die sie nutzen. Sie hat neben dem Dokumentieren und Informieren den Zweck, ein linksradikales, mehr oder weniger lokales Diskussionsforum zu sein. D.h., wir veröffentlichen so ziemlich alles, was an Beiträgen eingeht, anstatt wie andere Zeitschriften, einen bestimmten inhaltlichen Schwerpunkt, ein bestimmtes anti-soundso zu setzen, was seine Vorteile aber eben auch Nachteile hat. Der größte Nachteil ist sicherlich eine gewisse inhaltliche Unverbindlichkeit, die im schlimmsten Fall dazu führt, dass sich die widersprechendsten Positionen unvermittelt nebeneinander wiederfinden und die eine oder andere Ausgabe die Gestalt einer gedruckten Flugblattsammlung des jeweiligen Monats annimmt. Der größte Vorteil könnte sein, dass Diskussionen zwischen Gruppen stattfinden, die sich ansonsten in ihren eigenen Publikationen lediglich der Schlechtigkeit der anderen vergewissern. Kurzum: Weder kommentieren wir in der Regel Beiträge noch schmeißen wir welche raus, die nicht in den "linken Konsens" der einen oder anderen Fraktion passen.
Soviel zu den Voraussetzungen des Problems. Nicht gelöst ist damit die Frage, an welchem Punkt linke Positionen mehr oder weniger bewußt in sexistischer, rassistischer, chauvinistischer oder eben antisemitischer Weise menschenverachtende Verhältnisse stützen anstatt sie zu bekämpfen und deswegen in einem Blatt, das sich als Beitrag zur Befreiung der Menschheit von der Herrschaft begreift, nichts zu suchen haben. Wann das der Fall ist, läßt sich aber nur inhaltlich und nicht formal pluralistisch bestimmen und müssen wir jeweils am konkreten Text diskutieren.
Als gute Gastgeberin der verschiedenen Beiträge wollen wir mit dem beginnen, was uns vorgeworfen wurde: Die "Gruppe Revolutionäre Antifaschisten" meinte in ihrem Beitrag in der ZECK vom April 2002 (Nr. 108), im Titelbild wie Vorwort der Ausgabe vom Oktober 2001, die auf den Anschlag vom 11.9. auf die USA und den sich abzeichnenden Krieg gegen Afghanistan reagierte, den Inbegriff des linken Antisemitismus gefunden zu haben. Das Titelbild zeigte Bruce Willis vor einstürzenden Hochhäusern, Cover irgendeiner Folge des beliebten Actionfilms "Die Hard" und war mit "sowas kommt von sowas" kommentiert. Im Vorwort reüssierte die alte, vor längerer Zeit ebenfalls sehr beliebte Parole: "Der Feind der Völker war und ist der herrschende Imperialismus". Im Vorwort wurden die Anschläge zwar auch als menschenverachtend und durch nichts zu rechtfertigen qualifiziert, was in der Kritik an uns unterschlagen wurde, aber, wie der damalige Anfang dieser Bewertung verriet - "um Mißverständnissen vorzubeugen"- war das zu spät und das Mißverständnis schon geschehen. Wobei es sich letztlich, um es deutlicher zu sagen, nicht nur um ein Mißverständnis handelte, sondern Titelbild wie Vorwort für uns im nachhinein wirklich ein politischer Fehler waren, geboren aus der Unfähigkeit, die Anschläge vom 11.9. angemessen einordnen zu können und kompensiert mit einem Rückgriff auf Altbekanntes aus der untersten Schublade. So wenig in unserer Redaktion glühende Antisemiten sitzen und so grundlegend falsch wir die totalisierende, auf das "notwendig falsche Bewußtsein" kapitaler Vergesellschaftung reduzierte Analyse des Antisemitismus der "revolutionären Antifaschisten" finden: Richtig ist, dass wir mit dem Titelbild antiamerikanisches Ressentiment bedienten und im Satz von dem herrschenden Feind der Völker zumindest ein Verständnis von Imperialismus und Antiimperialismus transportierten, das spätestens in Hinblick auf den Nationalsozialismus fragwürdig geworden sein sollte. Die Kategorie Volk mag historisch in der Zeit eine fortschrittliche Bedeutung gehabt haben, in der sich in Europa das Bürgertum gegen den Feudalismus durchsetzte. Das gleiche gilt im Zusammenhang der nationalen Befreiungskämpfe im Trikont der 70er/80er Jahre. In Deutschland aber brachten die Nationalsozialisten die Kategorie Volk gegen die Kategorie der Klasse in Anschlag und transformierten den Klassengegensatz ideologisch wie praktisch in den Rassengegensatz von „Blut-und-Boden-Volk" einerseits und „wurzellosen Juden" andererseits. Das ist der Grund, warum Sätze, wie wir sie geschrieben haben, in dieser Allgemeingültigkeit nicht mehr geschrieben werden sollten.

Wenn solche Sätze dann aber doch, wie in unserem Fall geschrieben werden, dann, so können wir aus eigener Erfahrung berichten, ist es nicht automatisch Ausdruck dessen, dass Usama, die Nazis und die Linke mit dem 11.9. nun in den USA, den Juden oder den westlichen Werten eine gemeinsame Feindbestimmung gefunden hätten. Ob die Infragestellung derartiger Positionen damit gelöst ist, dass die Feindbestimmung wie bei den „revolutionären Antifaschisten" umgedreht wird, so daß in einer neuen totalitarismustheoretischen Manier Nazis, Linke und islamistische Terroristen gemeinsame Sache gegen die Freiheit machen, wagen wir hier zu bezweifeln.
Was für den von uns formulierten Satz vom Feind der Völker gilt, gilt nicht minder für die von den "4 Marinas" ausgegebene Parole vom "Selbstbestimmungsrecht der Völker". Mit der Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker hatten die Nationalsozialisten die Tschechoslowakei zerschlagen, ist die Wiedervereinigung Deutschlands propagiert und anfang der 90er der Zerfall Jugoslawiens durch die Bundesregierung vorangetrieben worden. Auch wenn es klar ist, daß die linke Tradition, sich auf das Volk als Objekt der Befreiung zu beziehen, selten unmittelbar völkisch motiviert war, kann die Linke heute die rechte Tradition nicht ignorieren, in der mit dem Volksbegriff nach außen imperialistische Politik betrieben wird und der nach innen die Homogenisierung (Vereinheitlichung) einer in Klassen gespaltenen Gesellschaft bezwecken soll.
Damit wären wir bei der zweiten an uns gerichteten Kritik angelangt. Die "Bettelhunde des Imperialismus" meinten in der Mai-Ausgabe der ZECK diesen Jahres, dass "solange Hetze wie die der "4 Marinas" kommentarlos in autonomen Zeitschriften erscheinen kann, auf die ach so differenzierte Auseinandersetzung der Linken mit dem Antisemitismus ein Ei zu backen" wäre. Dass solche Texte, die durchaus grenzwertige Behauptungen aufstellen (die Bahamas würde den Zionismus in der Linken verankern wollen), bei uns erscheinen, hat mit der eingangs erwähnten Veröffentlichungspraxis zu tun. Aus dem gleichen Grund können aber auch Texte erscheinen, die geschichtsrevisionistische Tendenzen aufweisen, wie die Ausführungen der „rev. Antifaschisten" zum weltweiten Antisemismus, oder Texte, die stellenweise herrschaftskonformen Metropolenchauvinismus verbreiten, wie es die „Bettelhunde" im Zusammenhang ihrer Kritik an den "vier Marinas" machen. An der von den „rev. Antifaschisten" gestellten Frage, was in Bezug auf die Behauptung, der eliminatorische Antisemitismus sei ein spezifisch deutsches Phänomen, denn mit den "zigtausenden Ukrainern, Letten, Kroaten, Polen, Rumänen, Bosniern und vielen mehr" sei, würde sicherlich ein Ernst Nolte („Auschwitz als asiatische Tat") seine helle Freude haben. Wer,

wie die „Bettelhunde", den Nahost-Konflikt auf einen völkischen Aufstand mit dem Ziel der Vernichtung Israels herunterbricht, sollte sich bei aller antideutschen Emphase daran erinnern, dass in einer nationalstaatlich verfaßten Welt die Zugehörigkeit zu einem Staat die Voraussetzung für das ist, was hierzulande von den radikalen Kritikern wie selbstverständlich als individuelles Recht und Bewegungsfreiheit in Anspruch genommen wird. Zur Probe aufs Exempel sollten sie mal alle Dokumente verbrennen, die sie als Bürger des deutschen Staates ausweisen, und dann mal sehen, ob die Forderung der PalästinenserInnen nach einem "Fitzelchen Land" so idiotisch und völkisch ist, wie sie es schreiben. An dem Punkt, an dem die am NS gewonnenen oder in der Breite erst noch zu gewinnenden Einsichten für eine linke Politik umstandslos auf "Trikont-Länder" übertragen werden, enstehen Beiträge, die für uns nicht minder grenzwertig sind, als diejenigen, von denen gefordert wird, daß wir sie nicht unkommentiert veröffentlichen dürften.
Wie auch immer die Bewertung einzelner Texte ausfallen mag, wir können und wollen das in Gänze hier nicht ausführen, sondern an den eben genannten Beispielen nur verdeutlichen, dass das, was die einen für die „einfache Wahrheit" halten, so einfach nicht ist. Wer weiterhin wie die „Bettelhunde" im Gestus der selbstgerechten Gewißheit auf die „Lauen und Abgeklärten" als Stütze des antisemitischen Mobs schimpft, versteht unter Diskussion wohl eher das Abnicken der eigenen Position, denn eine Auseinandersetzung um Differenzen. So wird der autoritäre Gestus zur „selffullfilling prophecy": Dass viele da nicht mitgehen wollen, bestätigt die Analyse, dass sich alle gegen Israel und ihre hiesigen VerteidigerInnen zusammenrotten. Wenn eine „Bahamas"-Veranstaltung gesprengt wird, dann ist das ein Beleg dafür, dass die Linke ein antisemitischer Mob ist. Die „Bahamas" hat dieses Vorgehen seit Jahren vorexerziert. Nachdem es ihnen in Folge der unendlichen Spaltungen wohl untereinander zu langweilig geworden war, begannen sie mit ihrem Beitrag zur Vergewaltigungsdiskussion in Berlin, die lokale Szene zu provozieren - nebenbei: ein berechtigter Kritikpunkt der „4 Marinas" der in allen folgenden Beiträgen unterschlagen wurde. Die Szene reagierte dann stellenweise so, wie es von der Bahamas gewünscht worden war. Dann folgte eine Eskalationslogik, die wahrscheinlich eher unter psychologischen denn politischen Kriterien betrachtet werden müßte, dann kam der 11.9. und die Zuspitzung in Nahost. Jetzt stören die Hardliner der einen Fraktion die Veranstaltungen der anderen (siehe die Beispiele im Beitrag der „Bettelhunde") - inzwischen mit Mitteln, die in diesem Zusammenhang nicht zu rechtfertigen sind. Am Ende hat die Linke wieder die Linke als schlimmsten Feind ausgemacht, die Fragen, die aufgetaucht sind, Sexismus und Antisemitismus in der Linken sind dem üblichen Abgrenzungsbetrieb gewichen und die Verhältnisse können ungestört weiter ihren Gang gehen.

Diese Darstellung ist sehr formal und distanziert. Unser Blick auf die Dynamik der Berliner Auseinandersetzungen und der in der ZECK stattfindenden Debatte läuft Gefahr, die realen Verhältnisse aus den Augen zu verlieren und sich unverbindlich um eine notwendige Positionierung zu drücken. Der Antisemitismus existiert nicht nur in der Linken und ist mehr als ein Diskussionsproblem. Er hat praktische Auswirkungen, gegen die vorzugehen eine berechtigte Forderung der „Bettelhunde" bleibt.
Worum es uns hier aber geht, ist eine Perspektive zu finden, die aus der elenden Dynamik herausführt und die Debatte zu einer produktiven Auseinandersetzung machen würde. Durchbrochen wird diese Dynamik aber mit Sicherheit nicht, wenn sich die „Lauen" und Zweifelnden, wie ebenfalls von den „Bettelhunden" gefordert auf eine Seite stellen. Vielmehr müssten sowohl die Freunde Palästinas als auch die Freunde Israels die an sie gerichteten Kritiken ernst nehmen. Am zuguckenden Rest wäre es, selber Positionen zu formulieren anstatt sich den Fragen mit dem Hinweis auf die Schlimmfinger (wahlweise Antideutsche oder Antiimps) zu entledigen. Es gibt Grenzen einer gemeinsamen Auseinandersetzung, wenn Linke das Vorgehen Israels als Vernichtungskrieg bezeichnen und jüdische Einrichtungen und Menschen attackieren, und es gibt Grenzen, wenn Linke die Bombardierung islamischer Zentren fordern bzw. die palästinensische Gesellschaft als Wiedergeburt der deutschen Volksgemeinschaft darstellen. Innerhalb dieser Grenzen wäre es dringend notwendig, die Debatte um Imperialismuskritik (wer mag: Globalisierungskritik), Antisemitismus und die Bedeutung Israels weiterzuführen.
Wir können das, was wir einfordern, aus internen Gründen inhaltlich kaum leisten. Schlußendlich wollen wir alle diejenigen, die sich mit einem Diskussionsbeitrag am weiteren Verlauf beteiligen wollen, darum bitten, in den Vorwürfen an die jeweils anderen vielleicht mal einen Gang herunterzuschalten und sich den falschen Alternativen zu verweigern.

In diesem Sinne und in der Hoffnung auf ein besseres Gelingen verbleibt soweit

Die Redaktion







Stellungnahme der Gruppe Revolutionärer Organismen zur Antwort der Gruppe Revolutionärer Antifaschisten auf die Stellungnahme von „kba" in der (vor-)letzten Zeck

Wir, die Gruppe Revolutionärer Organismen (GRO), gehen im Folgenden die ersten drei Abschnitte der Antwort der Gruppe Revolutionärer Antifaschisten (GRA) auf die Stellungnahme von kba durch, um zu beschreiben, was da wie passiert. Herauskommen wird – das wussten wir am Anfang auch nicht so genau –, dass GRA nicht anders denken tut als FaschistInnen, sondern bloß eine andere Meinung hat. Als Bezeichnung dieser Art Denk-Taten schlagen wir das Wort „krypto-faschistisch" vor.

Das Kursive am Anfang jedes Abschnittes fasst den Text von GRA zusammen. Im restlichen Text ist alles Kursive von GRA.

Vorspann

Es ist ein „fast ... als angenehme Überraschung zu bezeichnendes Ereignis", dass kba „Kritik an antideutschen Positionen in Form von inhaltlichen Argumenten formuliert". So angenehm ist die Überraschung aber doch nicht, denn kba „denkt ... keinen Anflug von Erkenntnis zu Ende" und merkt nicht, wann „Polemik angebracht" und „frontal anzugreifen" ist: nämlich dann, wenn sich das „Innenleben nahezu der gesamten Linken" als „unmenschliche Widerwärtigkeit" erweist.

GRA entwirft die Besetzung für die nachfolgende Aufführung:

- kba: ein beschränkter Warmduscher
- nahezu die gesamte Linke: unmenschlich, widerwärtig
- GRA und Antideutsche: die mit der klaren Sicht und den Mut, das unmenschlich Widerwärtige *frontal anzugreifen*

Das erinnerte uns an die Propagandastruktur beim „Ewigen Juden":

- die Weichen: halten Juden für Menschen, müssen daher aufgeklärt werden
- die Juden: unmenschlich, widerwärtig
- die Harten: die mit der klaren Sicht und den Mut, das unmenschlich Widerwärtige (Meinungsunterschied!) auszurotten

In beiden Fällen wird ein Gegensatz aufgemacht, der nur mit der Vernichtung der einen Seite enden kann. Es handelt sich nicht um einen gesellschaftlichen Gegensatz. Denn in einer Gesellschaft sind die Dinge miteinander verflochten. Die Kämpfer gegen das unmenschlich Widerwärtige sind aber überhaupt nicht verflochten.

Was sie verflechten könnte, ist eliminiert. Z.B. der Gedanke, es gebe verschiedene Formen von Antisemitismus. Für GRA gibt es nur ein Entweder/Oder. Linke, die *antisemitische Denkformen* verbreiten, schreiben sie, bereiten den *nächsten antisemitischen Mord mit vor[...]*. Daher sei *für Kritiker der Verhältnisse nichts anderes angemessen, als sie auf das schärfste dafür anzugreifen.* Ob es sich um tatsächliche Mörder handelt oder nicht, *muss für Kritiker ... nebensächlich sein*.

GRA beschreibt später im Text Antisemitismus als Effekt kapitalistischer Vergesellschaftung. Unbefleckt von diesem Effekt schleudern sie ihre Kritik von irgendwo außerhalb der Gesellschaft los. Das müssen sie auch. Denn sie sind ja eine Seite in einem nicht gesellschaftlichen Gegensatz.

Was meinen Übermenschen damit, jemanden *auf das schärfste ... anzugreifen*? Messer?

Laut GRA spricht die *unmenschliche Widerwärtigkeit* des *Innenleben[s] nahezu der gesamten Linken* dafür, *frontal anzugreifen*. Angesichts der antisemitischen Ausfälle der ZECK sei *nichts als Polemik angebracht*. Wenn Linke dies und das vertreten, *so ist für Kritiker ... nichts anderes angemessen als ...*

Eine andere Möglichkeit wäre etwa, zu sagen: Wir greifen die Linke frontal an, weil dies in der gegebenen politischen Situation erfolgversprechender ist als z.B. von hinten herum vorzugehen.

Abgesehen davon, dass Vonhinten nicht ins Epos des unbefleckten Helden passt: GRA wird geleitet von Höherem. Ihr Handeln erklärt sich unmittelbar aus den Eigenschaften des Feindes: aus seinem Innenleben. Solches Handeln muss sich nicht durch Zweckmäßigkeit ausweisen.

In dieser Denkfigur ist Gewalt entgrenzt.

Die Entgrenzung ergibt sich auch aus der Absolutheit des Gegensatzes: es hängt allein vom Feind ab, was er einem zu tun aufbürdet, um ihn zu vernichten.

Auf den Freudschen Modellbausatz für bürgerliche Individuen übertragen kommt aus GRAs zerbrochenem Gott/Mensch/Satan-Casting heraus:

- das schwache Ich
- die zu projizierenden und unter Strafe zu stellenden Triebbedürfnisse
- die Selbst-Aufhebung in der Identifikation mit „der Sache"

Psychoanalytisch erklärt sich die Absolutheit des Gegensatzes aus der Unfähigkeit des schwachen Ichs, zwischen Triebbedürfnissen und Über-Ich-Instanz zu vermitteln.

GRA bewertet kba, das schwache Ich, von der Position des Über-Ichs aus. GRA weiß, wann kba *richtigerweise* etwas vorzuwerfen hat und wann kba ein moralischer Versager ist. Die Worte *„Kritik"* und *„Vorwurf"* benutzen sie bedeutungsgleich. Ökonomische Kategorien können bei ihnen – ernsthaft – die Eigenschaft *„räuberisch"* annehmen. Für GRA gibt es keine Möglichkeit eines nichtmoralisierenden Standpunktes. Das Höhere, zu dem sich GRA aus dem Gesellschaftszusammenhang schwingt, ist ein moralisches (kein biologisches: darin sind sie anderer Meinung als FaschistInnen[1]).

[1] Wäre GRA religiös, handelte es sich nicht bloß um einen Meinungsunterschied.

Unreflektierte Moralbegriffe sind im hiesigheutigen Zusammenhang christlich dominiert. Weil GRAs Religiosität gottlos ist, fehlt ihrem Schuldbegriff aber das Element der Gnade. Entsprechend gnadenlos gebärden sie sich.

Schuld entsteht in der Sphäre des Möglichen: Du hätte auch anders ...! Schuld entsteht, wo Menschen nicht völlig im gesellschaftlichen Sein aufgehen. Gerade dies aber sind mögliche Ansatzstellen für Veränderungen. Sie mit Schulddrohungen zu besetzen, hat praktische Konsequenzen. Die Angst vor der Möglichkeit, Schuld auf sich zu laden, treibt von diesen Stellen weg. Sie treibt z.B. von der Erkenntnis eigener antisemitischer Vorstellungen und Denkmuster weg.

Wer unter Schuld an Stellen möglicher Befreiung will, ohne über einen Begriff der Gnade zu verfügen, braucht Gewalt gegen sich selbst. Diese Gewalt kehrt wieder in linken Debatten.

Schuld nagelt (steht schon in der Bibel) – an das Kreuz der Verhältnisse. Und an das Kreuz des eigenen Ichs. Niemand, unterstellt der hegemoniale Schuldbegriff, kann sich dermaßen ändern, dass einstige Schuld nicht mehr auf ihn oder sie zutrifft. Wenn auch sonst kein Stein im Ichhaus auf dem andern bleibt: das, worauf Schuld zutrifft, bleibt zu treffen. Das ist persönliche Identität. Daher ist im hegemonialen Schulddiskurs Schuld nur unter Aufhebung der persönlichen Identität aufhebbar.

Wie das machbar ist, kommt im nächsten Abschnitt vor.

Singularität

Es stimmt nicht, dass Antideutsche „versuchen, den eliminatorischen Antisemitismus auf Nicht-Deutsche zu übertragen, und so ‚Schuldabwehr' zu betreiben" und dass sie die „Singularität des deutschen Menschheitsverbrechens" leugnen.

Der „Holocaust ist und bleibt eine deutsche Tat und ist beispiellos in der gesamten Menschheitsgeschichte, also singulär. Singularität heißt aber gerade ... nicht, dass ein erneuter Versuch der Vernichtung der Juden unmöglich ist oder nur die deutsche Gesellschaft [dazu] in der Lage wäre".

Tatsächlich existiert der eliminatorische Antisemitismus weltweit. Beispiele dafür sind „Ukrainer[...], Letten", der „Mufti von Jerusalem", Leute, die im „palästinensischen Staatsfernsehen" auftreten und die Bestsellerlisten in arabischen Staaten.

Es gibt keinen „wesenhaften Unterschied" zwischen der deutschen und der „überall auf der Welt existenten Vernichtungsdrohung."

Wer einen solchen „konstruieren will, muss auf jede allgemeingültige Erklärung des Antisemitismus" „als Konsequenz der Ambivalenz der bürgerlichen Aufklärung und ihrer Revolution" und als eine „in der bürgerlichen Gesellschaft selbst angelegten Entwicklung" „verzichten".

Projektionshypothesen lassen sich nicht durch Realbezüge widerlegen. Das nicht zu kapieren bedeutet im Zusammenhang mit der Unfähigkeit zu nichtmoralisierender Analyse, Kritik am Antisemitismus vom Wohlverhalten oder der Bedeutungslosigkeit von Jüdinnen und Juden im kapitalistischen Wirtschaftsprozess abhängig zu machen.
Im weiteren Verlauf unseres Textes wird sich zeigen, wie sehr GRAs „Antifaschismus" die sozial-ökonomische Bedeutungslosigkeit von Jüdinnen und Juden voraussetzt.

Die verbreitete Meinung, Projektionen könnten durch Verweise auf Realität entkräftet werden, fußt auf der Annahme eines objektiven Zugangs zur Realität.
Darin ist ein Subjekt gesetzt, das außerhalb seiner Wahrnehmungsgegenstände steht.
In diesem Subjektentwurf schon steckt die Möglichkeit des ganz Anderen, das aus der Finsternis, dem uneinsichtigen Bezirk, mal als Satan, mal als Jude, mal als Psychopath und neuerdings als Schläfer und antisemitischer Wahn über die Welt hereinbricht und mit dem man selbst rein gar nichts und doch so viel zu tun hat.
Wie eingefleischt dieses Subjekt in die konkreten Menschen ist, zeigt sich u.a. an der Unvorstellbarkeit anderer Arten von Realitätsbezügen.[2] Das bürgerliche Subjekt konstituiert sich jeden Morgen mit dem Augenaufschlag.[3]

Für GRA ist der Antisemitismus etwas, das sich unmittelbar manifestiert. So können sie ihn wahr nehmen. Zum Beispiel indem sie eine Textzeile lesen oder im Fernsehen den Anschlag auf das World Trade Center mitverfolgen. Antisemitismus wird zum Gegenstand, von dem man distanziert ist.
In seiner Wahrnehmbarkeit steht der Antisemitismus auf dem Besonderungsniveau konkreter bürgerlicher Gesellschaften. Er lässt sich einzelnen Nationen, der BRD und arabischen Staaten, zuordnen, ohne in seinen jeweiligen Praxen begrifflich erfasst werden zu müssen.
Eine andere Möglichkeit wäre etwa, zu sagen: Der Antisemitismus ist eine *in der bürgerlichen Gesellschaft selbst angelegte Entwicklung*. „Die" bürgerliche Gesellschaft ist aber nichts, dessen Vorhandensein empirisch feststellbar wäre. Es handelt sich bei „Gesellschaft" und „bürgerliche Gesellschaft" um analytische Begriffe.[4] Die Aussage, Antisemitismus sei eine *in der bürgerlichen Gesellschaft selbst angelegte Entwicklung*, setzt „Antisemitismus" auf die Abstraktionsebene der „bürgerlichen Gesellschaft".[5]

Einen ähnlichen Bocksprung vom Begriff in die Praxis vollführt GRA, wenn sie vom Morden handeln: Die *tödliche Gewalt*, schreiben sie, ist *nicht etwas anderes als Ideologie ..., sondern ihre logische Folge.* Doch „Gewalt" kann als logische Folge allerhöchstens erklärt werden, aber nicht als logische Folge stattfinden.[6]

GRA bringt Antisemitismus auf den Begriff des *Vernichtungswillens*.[7] Damit bleibt seine Genese aus der bürgerlichen Gesellschaft im Begriff unreflektiert, die Beziehung beider entsprechend oberflächlich. Die bürgerliche Gesellschaft liefert bei GRA lediglich das **Motiv**, zum Antisemiten zu werden. Antisemitische Praxen erscheinen bloß noch als Traffic individueller Psychodynamiken und werden rein negativ verstanden als etwas, das Veränderungen verhindert. Die konstruktive Bedeutung des Antisemitismus für die Gesellschaften und ihre Individuen wird nicht erfasst.
So ein Begriff von Antisemitismus ist für eine anti-antisemitische Praxis unbrauchbar. Seinen praktischen Nutzen erhält er als Affektakkumulator. Zwei Kabel dran und kurzgeschlossen und schon knallt Antisemitismus als eine konkrete Gestalt in die Welt, ausgestattet mit einer *Front* als Angriffsziel.
In dieser Funktionalität unterscheidet sich GRAs Begriff vom Antisemitismus nicht vom Judenbegriff der AntisemitInnen.

So, wie GRA gar nicht meint, dass die ZECK-Redaktion hingeht und den nächstbesten Juden umbringt, muss der herkömmliche Antisemit nicht etwa glauben, dass die Lokalblatt-Reporterin Y von nebenan die Fäden des Finanzkapitals in der Hand hält.

Aber das ist irgendwie **egal**.

An diesem Punkt, an diesem **egal**, schlägt das gewöhnliche Vorurteil in den Eliminationsgedanken um.

Die Lokalblatt-Reporterin Y wird zum Exemplar einer auszumerzenden Gegenrasse; Linke, die *antisemitische Denkformen* verbreiten, zu Exemplaren einer wahnsinnigen Mörderschar.
In der „Dialektik der Aufklärung" steht: diese Art der Besonderheitsvernichtung ist logisch und wissenschaftlich: „... das Kaninchen geht nicht in Stellvertretung sondern verkannt als bloßes Exemplar durch die Passion des Laboratoriums."
Während sich die AngreiferInnen im gewöhnlichen Pogrom durch ihre Emotionalität und Undistanziertheit als bürgerliche Subjekte disqualifizieren, stellt die Fähigkeit, mehrere Millionen Menschen zu ermorden, geradezu einen Ausweis des bürgerlichen Subjekts dar.

Das bürgerliche Subjekt projiziert nicht. Es verwahrt sich vielmehr gegen jeden Vorwurf der Projektion. Indem sich das Subjekt so aus der Welt zurückzieht, lässt es eine subjektlose Welt zurück, eine Welt der Dinge. Dinge kann man nicht ermorden. Man kann sie aber benutzen[8] und ggf. aus der Welt schaffen.
Um ein bestimmtes Wesen auf den Status eines Exemplars reduzieren zu können, müssen Projektionen unterbleiben. Die Person darf sich in die Wahrnehmung dieses Wesens nicht einbringen, denn dann würde etwas von ihrer Besonderheit auf das Wesen überschlagen. Mitgefühl und Hass, jede Form der Vermenschlichung würde das Wesen aus dem Status des Exemplars herausholen. Daher muss eine Person das Exemplar betrachten als wäre sie eine x-beliebige Person.
Im Umgang mit dem Exemplar verschwindet die persönliche Identität und mit ihr Schuldfähigkeit und Verantwortlichkeit.
Diese Praxis ist vorausgesetzt, wenn man die eigenen Handlungen mit den Eigenschaften einer Sache begründet, den frontalen Angriff mit dem Innenleben der Linken zum Beispiel. Schuld und Verantwortung kann es dann nur dort geben, wo unter objektivem Realitätsbezug nachgewiesen wird, dass die Handlungen der Sache nicht angemessen sind oder waren.

Trotz seiner Un-Besonderheit besitzt das Exemplar eine konkrete Gegenwärtigkeit. Man kann es sehen, vermessen, angreifen, vergasen. Dies unterscheidet das Exemplar von allen anderen Dingen: es ist das einzige Ding, das konkret „da" ist, ohne etwas Individuelles an sich zu haben.[9]

---

2 Nur, um mal auf andere Ideen zu kommen: die Perspektive in Fotos stellt die BetrachterInnen *vor* das Bild. Russische Ikonen stellen die BetrachterInnen *in* das Bild.

3 Es ist hier und im Folgenden viel vom Sehen die Rede. Uns ist z.Z. nicht klar, inwieweit das Subjekt einen für die Selbstkonstitution blinder Menschen praktikablen Frame abgibt oder inwieweit Blindheit – ähnlich wie Drogen- oder Psychoseerfahrungen – dazu nötigt, den Frame des bürgerlichen Subjekts zu modifizieren oder zu überschreiten. Historisch ist das Weltverhältnis des bürgerlichen Subjekts innig mit dem Auge verknüpft.

4 Vielleicht zum Verständnis: Wer nicht weiß, was ein Fußballspiel ist, sieht im Stadion einem Haufen umherlaufender Männer oder Frauen zu und kann erst durch eine vergleichende Analyse mehrerer dieser seltsamen Begebenheiten herausfinden, dass es sich um ein *Spiel* handelt, d.h. um etwas, das *etwas* ist unabhängig davon, welche Menschen es wann gerade mit wieviel Geschick praktizieren. Ein Fußballspiel ist – ebenso wie übrigens auch ein „Ausländer" – kein Wahrnehmungsgegenstand. Anzunehmen, wie GRA, angepasste NormalbürgerInnen kämen in Erklärungsnöte, weil etwas „nicht sinnlich erkennbar" sei, halten wir für borniert. Hegemoniale Weltbilder sind nicht *einfacher*, sondern selbst-verständlicher als nichthegemoniale. Ihre Komplexität kommt gewöhnlich nur zu Bewusstsein, wenn man Probleme damit hat.

5 Daher unterstützt das von GRA angebrachte Horkheimer/Adorno-Zitat ihre Position nicht. Das Zitat lautet: „Keineswegs ist der totalitäre Antisemitismus ein spezifisch deutsches Phänomen." Es lautet nicht: „Keineswegs ist der Antisemitismus, wie er sich in Deutschland manifestiert, ein spezifisch deutsches Phänomen."

6 Mit Logik ist einer sich in antagonistischen Widersprüchen bewegenden Gesellschaft sowieso nicht beizukommen.

7 Etwas, das nur durch einen einzigen Aspekt erfasst ist, kann natürlich auch nichts mit wesentlichen Unterschieden zeitigen. Ein Quadrat kann sich nicht wesentlich von einem Quadrat unterscheiden.

8 Wenn man z.B. sagt: „Hey, ich hoffe, dass ich dich nicht allzu sehr mit meinen Problemen vollquatsche", deutet das auf ein Nutzverhältnis hin. Das bürgerliche Subjekt ist sehr einsam.

9 Bloß vor-gestellt ist das alles kompliziert, gemacht aber ganz einfach: es ist total egal, welchen 20-Euro-

Bisher ist ungefähr beschrieben, was man machen muss, was man **aus sich** machen muss, um aus einer Lokalblatt-Reporterin Y und aus Linken, die *antisemitische Denkformen* verbreiten, Exemplare herzustellen. Noch nicht behandelt ist die Frage, wie man es anstellt, aus dem, wovon die Exemplare Exemplare sind, konkret wirkende Mächte zu erzeugen und den Punkt der Wirklichkeitswerdung „des Judentums" bzw. „des Antisemitismus" so zu überspringen, dass beide empirisch erfahrbar werden.

Anders als das Ding verschwindet die Person, die ihre Individualität am Exemplar abstreift, aus dem konkreten „da"-Sein. Sie wird zu einem virtuellen Punkt, an dem sich die Perspektive des bürgerlichen Subjekts auf die Welt öffnet. Die Hand zum Beispiel, die dem Kaninchen eine Spritze verpasst, ist ein Werkzeug; das die Handlung begleitende Gefühl ein abzuspaltender psychischer Vorgang, Rauschen im Handlungsablauf. So funktionieren die herrschenden Produktionsprozesse. So sind sie oft auch nur auszuhalten: das bin nicht ICH, aus deren Körper diese Maschine eine Maschine macht; das bin nicht ICH, der seine Phantasie zu Reklamezwecken prostituiert ...
Ein virtueller Punkt **kann** keinen Einfluss auf die Dinge haben. Der Übergang aus der Virtualität des Subjekts in das „da"-Sein der Dinge ist ein Zauber, der tagtäglich vollführt werden muss, um das Leben in einer entfremdeten Welt zu sichern. Die Lücke, die nur im zauberhaften Kurzschluss des Getrennten übersprungen werden kann, reißt das Subjekt, indem es sich aus der Welt entfernt, ohne von ihr lassen zu wollen.[10] Seine Hand bleibt dabei in der Welt zurück.

Vorgänge in einer subjekt-losen Welt lassen sich im Prinzip nur auf zwei Weisen erklären:

- als blindes, absichtsloses Wirken und Wechselwirken der Dinge selbst oder
- als Wirken eines Subjekts auf die Dinge. Dieses Wirken kann, soll es nicht unter das vorgenannte Erklärungsprinzip fallen, nur als freie, nicht ihrerseits verursachte, Setzung des Subjekts verstanden werden, als Willensakt.

AntisemitInnen und GRA verleihen „dem Judentum" und „dem Antisemitismus" Subjektcharakter. In beiden Fällen steckt eine nicht verursachte Setzung im Begriff. Der Jude will Geld scheffeln usw. Beim Antisemitismus ist es ein *Vernichtungswille*. Der Antisemit *will den Kapitalismus*. *Ukrainer* usw. haben sich *freiwillig am Vernichtungskrieg beteiligt*...
Aus seinem Subjektcharakter erklärt sich, wieso eine Vermittlung zwischen dem Antisemitismus mit seinen Manifestationen gar nicht nötig ist. Es ist derselbe Zauber, den das bürgerliche Subjekt sowieso jeden Tag vollbringt.[11]

Wieso konstruieren GRA und AntisemitInnen ein Subjekt? Wieso erklären sie die Problematik, um die es ihnen geht, nicht nach dem ersten, dem Sachzwang-Prinzip (wenn sie schon in diesem ganzen Scheiß verfangen bleiben)?

Erklärungen nach dem Sachzwang-Prinzip sind zur Zeit in Mode: Das kommt vom Weltmarkt, dass es uns so schlecht geht. Klar, bei den Gesundheitsausgaben muss gespart werden, denn es fehlt ja das Geld. Etc. pp. Solche Erklärungen kommen in Mode, wenn sich Regierungen als die Geschicke der Gesellschaft lenkende Subjekte aus gesellschaftlichen Zusammenhängen zurückziehen oder wenn ihr Scheitern an den Sachlagen offenbar wird und wenn sich Erklärungen nach dem Subjekt-Prinzip aus Mangel an handlungsfähigen Subjekten weniger anbieten.
Im Übergang vom Keynesianismus zum Neoliberalismus erklärten die Regierungen: „Tja, leider können wir die Sache nicht mehr in den Griff kriegen. Nun überlassen wir sie der Selbstregulation." Da, wo sich der neoliberale Staat noch als Subjekt inszeniert, wo er noch Handlungsmacht demonstriert, geht es nicht um die Kontrolle sachlicher Verhältnisse, sondern um die Kontrolle von Feindsubjekten: Milosewicz, Bin Laden, Islamisten, Terroristen, Asylanten ...
Welche Feindsubjekte mit welchen Verschleißzeiten in welchen Ausprägungen kreiert werden, hängt von der jeweiligen konkreten innen- und weltpolitischen und ökonomischen Lage ab. Zur Zeit formt sich unseres Erachtens in dem Bedingungsnetz der BRD keine hegemoniefähige Gestalt, die nach „Judentum" aussieht. Es müsste untersucht werden, unter welchen Umständen sich das ändern kann.[12]

Erklärungen nach dem Sachzwang-Prinzip bedeuten, dass man sich der Sachlage **beugen** muss. Irgendwann stößt dabei der Kopf aber am Boden an. Dann heißt es entweder sich aufzurichten oder sich ganz hinzulegen. Um sich aufzurichten, muss das Zwingende der Sachen überwunden werden. Ein Wechsel des Erklärungsprinzips ist erforderlich. Hier gibt es – idealtypisch – zwei Möglichkeiten: es entsteht ein Subjekt, das die Sachen unter Kontrolle bringen kann, oder es entsteht ein Subjekt, das die Sachen die ganze Zeit kontrolliert hat. Letzteres ist ein Feindsubjekt, das seinerseits unter Kontrolle gebracht werden kann, indem die Gebeugten sich an ihm – dabei das höhere im Blick, damit man das erzeugte Elend nicht empfinden muss – als Subjekt aufrichten. Zum Beispiel als deutsche Volksgemeinschaft.[13]

Wir meinen deshalb, dass mit dem Fehlen eines revolutionären Subjekts in Deutschland, als das Scheitern des Weimarer Staats an den Sachen offenbar wurde, die hegemoniale Durchsetzung eines Feindsubjekts unvermeidlich wurde. Das Fehlen eines revolutionären Subjekts war schon immer ein Thema in diesem beschissenen Land. Jetzt käme alles darauf an, ein solches Subjekt denkbar und möglich zu machen.

GRA folgt in ihren Denkbewegungen dem beschriebenen Muster im Mikrokosmos der Linken. Der Staat zieht sich zurück bzw. fällt als mögliches Subjekt ideologisch sowieso aus. Um sich nicht der Sachlage zu beugen, muss ein Subjekt her. Da kein revolutionäres Subjekt in Sicht ist, machen sie ein Feindsubjekt, an dem sie sich hochziehen. Sie fallen über **Menschen** her als „Träger" oder „Verbreiter" von irgendwas.
Es ist kein Zufall, dass solche Gruppen wie GRA gerade jetzt herumplärren. Sie kommen aus linken Zusammenhängen. Ihre Köpfe sind mit dem totalen Sieg des Kapitalismus mächtig am Boden angestoßen, und die Bildung von Feindsubjekten wird gerade so schön vorgeführt.

Totalität, Ideologie und Antisemitismus

Die Linken reproduzieren „bürgerliche Ideologie ... der barbarischsten Variante". ... Ideologie ist das von der unverstandenen Realität der Wertvergesellschaftung geschaffene ‚falsche Bewusstsein' (Marx). Sie hat ihre Ursache in der mit dem Auge und dem Alltagsverstand nicht begreifbaren Herrschaft abstrakter Prinzipien über den Menschen und durch ihn hindurch. Dies ist die Grundlage des antisemitischen Wahns, der so universell verbreitet ist wie die falsche Gesellschaft selber.
Der Kapitalismus ... ist eine ‚Gesellschaftsformation, worin der Produktionsprozess die Menschen bemeistert' (... Marx), ohne dass es diesen bewusst ist, in der die gesellschaftlichen Verhältnisse also nicht dem subjektiven Willen und bewussten Handeln der Menschen oder der herrschenden Klassen entspringen. Vielmehr können diese nur versuchen, sich den von den blind wirkenden Gesetzen der Wertverwertung gesetzten Anforderungen anzupassen..."
Weil diese Gesetze nicht „sinnlich erkennbar" sind, „spinnt der an der undurchschauten Realität verzweifelnde Verstand sich wahnhafte Gründe für die ständigen Zumutungen zusammen.
... Das falsche Bewusstsein, die bürgerliche Ideologie, kann die Folgen der kapitalistischen Gesellschaft stets nur als Ergebnis bewusster Handlungen von Menschen wahrnehmen. Nicht die Verhältnisse, sondern ihr phantasierter Missbrauch ... sind Ursache ... Die Herrschaft wird gegen halluzinierte Volksfeinde verteidigt. Dieser Machtclique werden nicht zufällig all die Eigenschaften zugeschrieben, die den Wert auszeichnen: sie ist anonym, allmächtig und räuberisch und hat nichts im Sinn als Mensch und Natur auszubeuten.
Was dieser Wahn mit der Feindbestimmung der ZECK-Redaktion (als einem beliebigen

Schein wir in der Tasche haben. Trotzdem ist er etwas, das wir in unserer Tasche haben können.

[10] Bei Buddha zum Beispiel entsteht kein Spannungsbogen.

[11] Mit dem Willensakt als Subjekt/Welt-Vermittlung ist übrigens auch gleich die Depression erfunden. Wer den *Willen* nicht aufbringt, fällt ganz aus der Welt, denn außer den Willen gibt es keine Bindung zu ihr.

[12] Das Engagement der BRD im PalästinenserInnen-Israel-Konflikt sollte u.E. polit-ökonomisch und im Zusammenhang mit der Konkurrenz zur USA erklärt werden. Antisemitismus kann im Sinne der BRD-Politik instrumentalisiert werden, ihre Ziele und möglichen Konsequenzen aber nicht erhellen.

[13] Wir benutzen das Wort „Subjekt" in aufeinander komplementär bezogenen Bedeutungen: als vergesellschaftetes und als atomisiertes.

und für Linke repräsentativen Beispiel) – ,Der Feind der Völker ist immer noch der herrschende Imperialismus' – zu tun hat, liegt auf der Hand."

Antisemitismus als Wahn bedeutet, dass, wer bei klarem Verstand ist, nicht antisemitisch denkt. Wir haben versucht zu zeigen, dass der klare, nicht durch Projektionen und Emotionen getrübte, Verstand eine Bedingung des systematischen Massenmords der Jüdinnen und Juden Europas war.[14]

Wenn man einen objektiven Zugang zur Realität verneint, lassen sich Wahnwahrnehmungen von Wahrnehmungen nur auf eine Weise unterscheiden, nämlich sozial.
Wahnwahrnehmungen zeichnen sich dadurch aus, dass andere sie nicht teilen. Wenn Antisemitismus, wie GRA behauptet, *so universell verbreitet ist wie die falsche Gesellschaft selber*, dann gäbe es ohne objektiven Zugang zur Realität keine Möglichkeit, ihn als Wahn zu identifizieren.[15]
Wir halten die Verneinung eines objektiven Zugangs zur Realität für nötig, um den Frame des bürgerlichen Subjekts zu sprengen.[16] Die Verneinung eines objektiven Zugangs zur Realität erfolgt **praktisch** durch Aufhebung der Entfremdung, durch Aneignung der „Sache selbst" als „ein gegenständliches menschliches Verhalten zu sich selbst und zum Menschen und umgekehrt." (Marx)
Nur ein bürgerliches Subjekt kann Antisemitismus unter den Bedingungen seiner universellen Verbreitung als Wahn identifizieren. Das bürgerliche Subjekt ist es aber gerade, das Antisemitismus produziert.
Deshalb fragen wir uns jetzt, wie GRA Antisemitismus produziert und ihn dann als Wahn der anderen entsorgt.

Um mit GRA den Satz *,Der Feind der Völker ist immer noch der herrschende Imperialismus'* als antisemitisch zu verstehen, muss man Folgendes wissen:

(1) Etwas, das *anonym, allmächtig und räuberisch* ist, ist entweder der *Wert* oder eine *Machtclique*, und die ist immer jüdisch. Gäbe es die Möglichkeit nichtjüdischer Machtcliquen, so wäre der Satz *,Der Feind der Völker ist immer noch der herrschende Imperialismus'* nicht als antisemitisch identifizierbar.

(2) In der Aussage *,Der Feind der Völker ist immer noch der herrschende Imperialismus'* werden Jüdinnen und Juden nicht unter die Völker gezählt, deren Feind der Imperialismus ist. Denn wäre dies der Fall, so würden „die Juden" nicht als solche zum Feind erklärt.

Marxistisch bedeutet „Wert" abstrakt-allgemeine Arbeit, die im Austauschprozess der Waren Gestalt annimmt. Den „Wert" als *anonym, allmächtig und räuberisch* zu bezeichnen, ist ziemlicher Quatsch.
GRA hat die durch *anonym, allmächtig und räuberisch* umrissene Figur offenbar nicht aus einer marxistischen ökonomischen Kategorie abgeleitet, sondern irgendwo vorgefunden oder sich ausgedacht, und dann die *Machtclique* sowie ein marxistisches Wort, das sie für passend hielten, in sie eingesetzt. Die Möglichkeit einer solchen Ersetzung bedingt, dass GRAs Vorstellungen von gesellschaftlichen Zusammenhängen eine Figur enthalten, in die „der Jude" so gut wie der „Wert" einsetzbar ist. Es stört sie nicht, dass es überhaupt eine solche Figur in ihren Vorstellungen gibt. Es stört sie bloß, wenn Leute sie „falsch" substantialisieren.
So etwas ließe sich generell als struktureller Antisemitismus bezeichnen – wenn nicht außer „Juden" auch noch „Wert", „Imperialisten", „Bonzen", „Kapitalistenschweine", „Ausbeuter" ... mögliche Kandidaten wären. Damit, dass GRA alle „Imperialisten" etc. gleichermaßen unter eine als jüdisch vorgestellte *Machtclique* zusammenfasst, belegen sie ihren eigenen Antisemitismus. Denn es sind **ihre** Vorstellungen, die aus dem Feind „Imperialismus" eine jüdische *Machtclique* macht. Mit einer positiven jüdischen Identifizierung wäre das schwieriger zu bewerkstelligen.
Tatsächlich sind jüdische Linke und jüdische *rechtschaffende Bürger* in GRAs Erklärungen überhaupt nicht vorgesehen. Ihre Existenz würde GRAs Weigerung, zwischen *'verkürzter Kapitalismuskritik'* und eliminatorischem Antisemitismus zu unterscheiden, als eliminatorischen Antisemitismus ausweisen. GRA eliminiert jüdische Linke und jüdische *rechtschaffende Bürger* aus ihrem Denken. Mit gutem Grund meinen sie, es nicht **selbst** zu tun: ihre deutsch-arischen (nicht bloß deutschen!) Vorfahren haben auf physischer Ebene prächtig vorgearbeitet.

GRAs nachholende ideelle Eliminierung von Jüdinnen und Juden fällt denen nicht auf, die jüdische Linke und jüdische *rechtschaffende Bürger* nicht vermissen. In GRAs kapitalistischer Gesellschaft wären sie ja auch vollkommen überflüssig, dienten sie nicht als Opfer *'verkürzter Kapitalismuskritik'*.[17]

Punkt (2) wäre im Englischen schwer zu begründen. Mit „people" kann man nichts aufmachen, das Jüdinnen und Juden von vornherein ausschließt. Englischsprachige Nazis, diese armen Schweine, müssen den Begriffsumfang von „Volk" einschränken, um Jüdinnen und Juden auszuschließen. Etwa sagen: „Aryan People".

Wieso ist es für deutsche Linke unmöglich, „Volk" anders als „judenfrei" zu verwenden?[18] Nicht im Zusammenhang seines Gebrauchs entsteht nach GRA die Jüdinnen und Juden ausschließende Bedeutung des Wortes, sondern unabhängig davon.
Dem liegt zugrunde, dass Jüdinnen und Juden aus dem „deutschen Volk" eliminiert wurden. Auch britische Nazis könnten unter solchen Bedingungen von „ihrem Volk" schlicht als „the people" reden, ohne britische Juden mitmeinen zu müssen.

In GRAs Denken ist das „deutsche Volk" als „judenfreies Volk" **verewigt**.
Allgemein ist im Topos des Anti-Deutschen das „Jüdische" als aus dem „Deutschen" eliminiert vorausgesetzt.
Dort, wo „Jüdisches" nicht als eliminiert vorgestellt wird, bemühen sich Anti-Deutsche, es zu **separieren**. Zum Beispiel aus der US-amerikanischen Gesellschaft.

Dass in der jüdischen und nicht-jüdischen bürgerlichen US-amerikanischen Öffentlichkeit der Anschlag auf das World Trade Center nicht als antisemitisch markiert wird, sondern „nur" – eigentlich: umfassender – als antiamerikanisch, hängt damit zusammen, dass das „Jüdische" nicht aus dem „Amerikanischen" herauspräpariert wird.[19]
US-amerikanische Nazis dagegen entdecken zusammen mit hiesigen Anti-Deutschen Antisemitismus in dem Anschlag, weil sie ein „Amerikanisch" denken, aus dem das „Jüdische" als Anderes herausfällt. Erst damit wird das „Jüdische" als separates Ziel des Anschlags möglich.
Als Fremdkörper aus allem Gesellschaftlichen entsorgt, kann aber „der Jude" nur noch *halluziniert* sein, ein *Wahn*, dem andere anheimfallen. Nicht GRA.

GRO, 27.4.2002

[14] Am Ende erklärt GRA den Antisemitismus bei all dem marxistischen Wortgeklingel aus der **Natur** des Menschen (der nie ein Jude ist), sich ihr Leiden erklären zu müssen.

[15] Deshalb muss GRA ihre Kritik von außerhalb des Gesellschaftszusammenhangs losschleudern, wie anfangs behauptet.

[16] Die Verneinung eines objektiven Zugangs zur Realität ist außerdem wichtig, um die Misshandlung von als wahnsinnig Gelabelten durch Normale zu beenden. Das emanzipatorische und theoretische Potential der Anti-Psychiatrie-Bewegung wird in der Linken ungenügend aufgenommen.

[17] Da der Kapitalismus Jüdinnen und Juden als unverdaulich ausscheißt, können diese auch keinen kapitalistischen Staat aufmachen. Als kapitalistische Gesellschaftsformation muss Israel daher nicht analysiert werden. Alles erklärt sich vollständig daraus, dass dieser Staat „jüdisch" ist. Es handelt sich um eine Anti-Gesellschaft, die ethnologisch unter dem Titel „Die Gemeinschaftsbildung beim Juden nach dem Holocaust" abgehandelt werden könnte.

[18] „Volk" finden wir für die BRD-Linke unbrauchbar, eine Differenzierung halten wir aber dennoch für wichtig. Zum Beispiel, um die bezeichnende Wende vom Ausruf „Wir sind das Volk!" zum Ausruf „Wir sind ein Volk!" in der Endphase der DDR zu erfassen.

[19] Der Anschlag auf das WTC wird nicht dadurch antisemitisch, dass ihn eventuell Antisemiten durchgeführt haben. Denn dann wäre jede Handlung eines Antisemiten antisemitisch, beispielweise das Überfahren einer roten Ampel und das Anhalten an einer roten Ampel. Der Anschlag kann nur innerhalb eines bestimmten Symbolsystems einen antisemitischen Charakter annehmen. Um die Geltung dieses Symbolsystems als universal zu unterstellen, obwohl man weiß, dass andere dieses System nicht als gegeben annehmen (das kritisieren GRA et.al. ja gerade), muss man ihm entweder selber unterliegen oder ihm eine vom **Gebrauch** unabhängige Macht zuschreiben. Im letzteren Fall braucht es, damit die Möglichkeit, ihm nicht zu unterliegen, denkbar bleibt, heilige Heroen und Bezüge auf übergesellschaftliche Kategorien.

Zu den Revolutionären Antifas aus der Aprilausgabe der Zeck

Über einige Äußerungen in Eurem Beitrag müssen wir uns leider ein wenig aufregen:
Was Konzerne wie McDonald's, BP, Monsato etc. anrichten, sind nach den Rev. Antifas "Wahnbilder"? Das ist zynisch. Festzustellen und zu äußern, welche Konzerne was und wen auf der Welt ausbeuten bzw. vernichten, ist berechtigte, notwendige (und nicht "verkürzte") Kapitalismuskritik. Kauft Ihr Coca-Cola bei ´ner Shell-Tanke, weil Kritik und Boykott derartiger Multis antisemitisch ist? Oder setzen die Rev. Antifas Kapitalismus mit Semitismus gleich ?!
Darf nach den Rev. Antifas die amerikanische Politik nicht kritisiert werden? Was hat das WTC mit JüdInnen zu tun? Denkt hier die Rev. Antifa, daß anstelle verschiedener Nationalitäten und Religionsangehöriger nur jüdische Menschen im WTC waren? Das entspräche eher antisemitischer Theorie.
Auch wenn´s für einige vielleicht selbstverständlich und für andere ´ne oft gehörte Äußerung ist, kann mensch es anscheinend angesichts der Verwirrten nicht oft genug wiederholen:
Zionismus, der israelische Staat, dessen Außen- (bzw. Innen-)politik, jüdisch sein und jüdisch leben - nichts von dem Genannten ist deckungsgleich mit dem anderen. Da wird mensch doch wohl die israelische Politik kritisieren dürfen (so wie alle Staatsformen kritikwürdig sind), ohne als Antisemitin bezeichnet zu werden!
Die unschuldigen Menschen, die beim Anschlag vom 11. September starben, tun uns leid. Das WTC hat symbolhaften Charakter wie das Pentagon, die Bastille, ein Rathaus oder ein McDonalds-Restaurant. Das WTC symbolisierte weder "Schöner Wohnen" noch kollektiv arbeiten, sondern eine bestimmte Art und Weise, Weltwirtschaft zu betreiben. Der Schluß der Rev. Antifas : Zitat: "...wer das WTC als Zentrum des Kapitalismus halluziniert, ist Antisemit", ist die gröbste und unreflektierteste Schlußfolgerung, die wir je gehört haben.
Was die merkwürdige Verknüpfung angeht, die von den Rev. Antifas zwischen KapitalismuskritikerInnen und Nazis gemacht wird: Wenn Kritik an diesem Staat, an kapitalistischen Ausbeutungsverhältnissen, an amerikanischer Kriegspolitik oder was auch immer erhoben wird, und wenn Nazis sich manchmal ähnlich äußern, ist es doch hoffentlich allen klar, daß Motive und Ziele so grundlegend verschieden sind wie zwischen denen, die diesen Staat abschaffen und einen neuen, starken totalitären Staat wollen und jenen, die eine herrschaftsfreie Gesellschaft anstreben. Oder darf ich nicht mehr in ´nen knackigen ungespritzten Apfel direkt aus dem Alten Land, der ohne umweltschädigenden Transport zu mir kam, nicht mehr verspeisen, weil Nazis auf Blut & Boden, und damit verbunden oft auch auf Gesundheit und Biosachen stehen?
Als letztes: "Kill USA" bedeutet, die Staatsform USA abzuschaffen und nicht, alle Amis und schon gar nicht alle JüdInnen umzubringen.
Als allerletztes: Ja, es gibt Antisemitismus in der Linken bzw. in der radikalen Linken, ja, es besteht Diskussionsbedarf, aber einen derartigen zusammengereimten Frontalangriff aufzufahren, wie den der Revolutionären Antifas, finden wir kontraproduktiv.
Nun, als wirklich letztes: wir fanden den Text der Rev. Antifa schwer intellektuell, die Nicht-Deutschen in unserer Gruppe hatten Schwierigkeiten, ihn zu verstehen. Es wäre schön, wenn ein einfacherer Sprachstil benutzt werden könnte.

Eine Gruppe aus Flensburg

Erklärung des Hamburger Vorbereitungskreises für das Land-in-Sicht-Camp

In seiner Entstehungsgeschichte ist das Land-in-Sicht-Camp in Hamburg *(ab dem 16.8.)* mit einer Spaltung der Grenzcamp-Vorbereitung verknüpft. Innerhalb der Szenen gibt es entsprechend viele Gerüchte, die verschiedene Konkurrenz-Verhältnisse zwischen dem antirassistischen Grenzcamp in Thüringen *(12.-19.7. in Jena)* und dem Land-in-Sicht-Camp aufbauen.
Die meisten von uns waren nicht Teil der Grenzcamp-Vorbereitung und sind erst nach der Entscheidung, in Hamburg ein Camp zu machen, zum Vorbereitungskreis für dieses Camp hinzugestoßen. Insofern waren die meisten von uns nicht an den Diskussionen beteiligt, die zu der Spaltung geführt haben und verstehen sich auch nicht als Abspaltung vom antirassistischen Grenzcamp in Thüringen. Wir halten vor diesem Hintergrund eine Erklärung für angebracht.

Thüringen

Ein antirassistisches Camp, bei dem Flüchtlinge nicht – wie meistens – eine deutliche Minderheit bleiben, sondern das wesentlich von Flüchtlingen organisiert wird, halten wir für eine große Chance für antirassistische Politik – insbesondere für eine gemeinsame Organisierung und Zusammenarbeit mit Flüchtlingen. Antirassistische Praxis heißt nicht nur Kampf den staatlichen und gesellschaftlichen rassistischen Ausgrenzungsstrukturen sondern eben auch ganz konkrete Unterstützung von und Zusammenarbeit mit Flüchtlingen. Und all das gehört zu linksradikaler Praxis dazu. Wir denken deshalb, dass ein antirassistisches Grenzcamp in Thüringen eine sehr wichtige Bedeutung hat, und es ist klar, dass wir ein solidarisches Verhältnis zu diesem Camp haben.

Hamburg

Ein antirassistisches Grenzcamp in Thüringen steht für uns nicht im Widerspruch dazu, in Hamburg ein Camp zu organisieren, das sich andere Schwerpunkte setzt. Das HH-Camp ist kein Camp mit einem explizit antirassistischen Schwerpunkt. Es geht darum, in der Stadt, in der der Rechtspopulist Schill zum Innensenator gewählt wurde, die autoritäre Formierung der Gesellschaft in verschiedenen Facetten zu thematisieren und anzugreifen und Widerstandsstrukturen aufzubauen.
Folgende Themen werden dabei voraussichtlich schwerpunktmäßig im Visier sein:
+ Ausgrenzung und Vertreibung im öffentlichen Raum
+ Drogenverbotspolitik
+ Rassistische Razzien und Kontrollen
+ Innenstadtverordnungen
+ Umstrukturierung und Gentrification
+ Privatisierung des öffentlichen Raums und private Sicherheitsdienste
+ Sicherheitswahn
+ Autoritäre Formierung in der öffentlichen Diskussion
+ Rechtspopulismus
+ Militarisierung der Politik

In die meisten dieser Themen spielen rassistische Formen von Herrschaft und Flüchtlingspolitik mit hinein und müssen auch als solche behandelt werden, so dass sich das Camp auch mit Rassismus beschäftigen wird. Allerdings meistens in der Verschränkung mit anderen Herrschaftsverhältnissen und Diskursen.

Die beiden Camps stehen für uns nicht gegeneinander sondern ergänzen sich thematisch und praktisch
Beide Camps sind wichtig. Die verschiedenen Schwerpunkte der Camps ermöglichen es, die Scheiße, die hier läuft, ausgehend von verschiedenen Themenbereichen und Interventionsansätzen differenzierter anzugehen und auch Menschen zu mobilisieren, deren Schwerpunkte bzw. Ansätze sich auf bestimmte Teilbereiche beschränken. Zusammengenommen werden durch zwei Camps wahrscheinlich mehr Menschen mobilisiert als durch eines.

7.5.2002

Nächstes Treffen des Hamburger Vorbereitungskreises am 10.6. 19 Uhr im Buttclub (Hafenstraße)

5. antirassistisches Grenzcamp

Focussing Internal Borders - For Free Movement

Vom 12. bis zum 19. Juli 2002 findet in Jena/ Thüringen das 5. antirassistische Grenzcamp statt. Wir werden Jena eine Woche lang mit unserem Besuch beehren, um zum nunmehr fünften Mal theoretisch wie praktisch rassistische Verhältnisse anzugreifen. Konfrontative Aktionen, Diskussionen über Perspektiven antirassistischer und linksradikaler Politik, Auseinandersetzungen um verschiedene Lebensrealitäten, ihr Zusammenhang mit gesellschaftlichen Machtverhältnissen und schliesslich die gemeinsame Organisierung des Camp-Alltags stehen auf dem Programm. "Reclaim the Highway" wird es dann im Anschluss an das Camp heissen, wenn sich ein Konvoi auf den Weg von Jena nach Strasbourg zum internationalen noborder Camp macht.

Nach dem letztjährigen Camp in der "westlichen Metropole" in unmittelbarer Nähe des Frankfurter Airports, kehren die Zelte für dieses Jahr in die "östliche Provinz" zurück. "Die inneren Grenzen im Visier", dieser für Frankfurt kreierte Slogan, behält allerdings seine Aktualität. Denn einer unserer Schwerpunkte wird die Thematisierung der alltäglichen Isolation und Ausgrenzung von Flüchtlingen sein, ihre prekäre Lebenssituation in den sogenannten Heimen und die ständigen rassistischen Kontrollen - zumeist auf Grundlage der sogenannten "Residenzpflicht". Gerade im ländlichen Thüringen mit seiner relativ homogenen mehrheitsdeutschen Bevölkerung wirkt die Kontrolldichte und Isolation noch repressiver als in den Metropolen, die durch eine längere Migrationsgeschichte zumindest einen relativen Schutzraum bieten. Die Normalität der Isolation, Kriminalisierung und Marginalisierung von Flüchtlingen und MigrantInnen soll zumindest für eine Woche durchbrochen und lautstark mit unserem Widerspruch konfrontiert werden. Die Verweigerung grundlegender Menschenrechte wie z.B. von "freedom of movement" und des Rechtes auf politische Betätigung, alltägliche symbolische und physische Gewalt gegen Flüchtlinge und MigrantInnen werden genauso wie der Ausschluss vom gesellschaftlichen Reichtum Ziele unserer Intervention sein.

Das heisst also, dass wir die rassistischen Verhältnisse nicht in ihrer Gesamtheit aus den Augen verlieren werden, denn Rassismus reduziert sich für uns nicht ausschließlich auf staatliche Restriktionen. Vielmehr besteht ein wechselseitiges Abhängigkeitsverhältnis zwischen staatlichem und gesellschaftlichem Rassismus; erst aus diesem erwächst eine rassistische Hegemonie, d.h. jener Zustand, in welchem rassistische Wahrnehmungs- und Handlungsmuster so viel Zustimmung und so wenig Widerspruch erfahren, dass sich ein feinmaschiges rassistisches Netz auf individueller, struktureller und staatlicher Ebene weben kann. Dieses stellt sich vielfältig dar: Nichteingreifen von Passagieren und des Flugpersonals bei Abschiebungen in Linienflugzeugen, Unterschriftensammlungen gegen die doppelte Staatsbürgerschaft, Denunziation an den Grenzen, rassistische Diskriminierung auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt, Abhängigkeit des Aufenthaltstitels von deutschen EhepartnerInnen und häufig damit verbundene Gewaltverhältnisse, insbesondere für Frauen.

Ein weiteres Element dieses rassistischen Netzes ist das Ineinandergreifen rassistischer Zuschreibungen mit der Kategorisierung von Menschen nach ihrer Verwertbarkeit im Rahmen der sogenannten Einwanderungsdebatte. Die BRD ist mit dem neuen "Zuwanderungs"- Gesetz europäische Vorreiterin bei der Kombination von der Auswahl von MigrantInnen nach Nützlichkeitskriterien sowie gleichzeitiger Abschottung. Die Regelung der Arbeitsmigration orientiert sich an wirtschaftlichen, d.h. kapitalistischen Erfordernissen. Nach Bedarf erhalten die Einen zeitlich streng befristete Aufenthaltsgenehmigungen unter vielfältigen Auflagen. Den Anderen wird die Einreise bzw. die Erlangung eines gesicherten Aufenthaltsstatus noch unmöglicher gemacht als bisher: geplant ist die Einrichtung von sogenannten Ausreisezentren (was einer Ausweitung der Abschiebehaft gleichkommt), die Abschaffung der Duldung, keine unbefristete Gewährung von Asyl, sondern eine permanente Abschiebedrohung durch erneute Prüfungen, etc. Konsequenz dieser Politik ist eine vermehrte Illegalisierung von MigrantInnen, die dadurch um so besser ausbeutbar sind.

Die Entscheidung, das Camp dieses Jahr in Jena stattfinden zu lassen, ist als Schritt zu verstehen, die Dominanz von weißen, mehrheitsdeutschen AntirassistInnen zu brechen, um in Kooperation mit selbstorganisierten Flüchtlingsgruppen eine antirassistische transidentitäre Organisierung voranzutreiben. Das heißt: Einerseits wollen wir die unterschiedlichen Erfahrungshintergründe nicht aus den Augen verlieren, schliesslich sind Flüchtlinge, deutsche Weisse und MigrantInnen qua rassistischer Verhältnisse unterschiedlichen Bedingungen ausgesetzt. Andererseits wollen wir die unterschiedlichen Identitäten, die sich u.a. hierdurch herausbilden, nicht einfach akzeptieren. Denn es sind, wie gesagt, rassistische Verhältnisse, d.h. rassistische Ein- und Ausschlussmechanismen, die hinter diesen Zusammenhängen stecken. Worum es geht ist also Identitätsmauern anzugreifen; wir wollen Schnittmengen ausloten, schauen, wo eine gemeinsame politische Arbeit Räume öffnet - und das jenseits von Instrumentalisierung (ob karitativ, paternalistisch, in der Projektion...). In diesem Sinne werden wir dieses Jahr unser Bestes versuchen, eine stärker gleichberechtigte Vorbereitung und Organisierung des Camps zu erreichen. Themen werden unter anderem Nähen und Distanzen zwischen refugees und nonrefugees sowie die Fortführung der auf dem letzten Camp in Frankfurt/Main intensivierten Debatte zur Verschränkung von Rassismus und Sexismus sein.

Gleichzeitig greifen wir mit der Entscheidung für Thüringen die Kampagne "for free movement" gegen die Residenzpflicht und die Forderung nach gleichen Rechten für Flüchtlinge und MigrantInnen auf. Die Abschaffung der Residenzpflicht ist eine von mehreren Vorraussetzungen für die gleichberechtigtere politische Zusammenarbeit zwischen Mehrheitsdeutschen und Flüchtlingen. Als solche steht sie im Kontext des Widerstandes gegen "innere Grenzen" und weltweit ungleich verteilter Bewegungsfreiheit.

Wie auch in den Jahren zuvor werden wir wieder den Blick über den Tellerrand wagen, um die Verschränkung der unterschiedlichen Macht- und Herrschaftsverhältnisse zu begreifen, gemeinsame politische Strategien zu entwickeln und die verschiedenen Kämpfe in Beziehung zu setzen. Anknüpfungsfelder sind z.B. die antirassistischen Kämpfe in Europa und weltweit: ob die Demontage der Zäune des Internierungslagers in Woomera und die Unterstützung des anschliessenden kollektiven Ausbruchs, die Karawane für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen, die noborder Camps im ostpolnischen Bialystok/ Krynki und im südspanischen Tarifa; oder die Renaissance der antikapitalistischen Politik im Windschatten der sogenannten Antiglobalisierungsbewegung, antisexistische Kämpfe für die Rechte illegalisierter (Sex-) Arbeiterinnen, Antifaschismus und Aktionen gegen Antisemitismus.

Diese Vielfalt ist unser Vorteil, denn so wie zu den letzten Camps dürften auch diesmal Menschen aus unterschiedlichen politischen Spektren kommen, die sich fragen sollten, was sie miteinander zu tun haben können. Im diesjährigen Camp soll daher ein Schwerpunkt auf der Ermöglichung gemeinsamer Kommunikation an Stelle des vielfach beklagten Nebeneinanderher einzelner Gruppen oder Teilszenen liegen. Wir werden dabei eine für möglichst viele verstehbare Sprache benutzen, um Verständigungsschwierigkeiten und die dadurch entstehenden Wissens- und Machthierarchien abzubauen. Deshalb schlagen wir Zweisprachigkeit oder Englisch als Campsprache vor. Trotzdem wollen wir nach

unseren Möglichkeiten für alle vertretenen Sprachen Übersetzung organisieren. Zudem bietet und bildet das Camp vielfältige Räume, sich untereinander und nach außen mitzuteilen: beim Planen gemeinsamer Aktionen, fast jederzeit im Plenumszelt, bei Reclaims in den Städten, bei pink-silver-Happenings, bei öffentlichen Veranstaltungen und Workshops, beim Chillen in der Camp-Bar, bei Kommunikationsguerilla-Mitteilungen, selbstverständlich rund ums Info-Zelt, beim Köpfen von Gartenzwergen, gemüseschnippelnd bei der Freiluft-Vokü oder wo sonst auch immer ihr das wollt.

In der Hoffnung darauf, durch das Zusammenkommen für diese 8 Tage im Sommer mehr politische Handlungsfähigkeit zu erlangen, Netzwerke zu bilden und neue Ansätze in die Städte und Regionen zurückzutragen, laden wir hiermit alle Interessierten ein, sich am Grenzcamp 2002 zu beteiligen und einzubringen. Informiert Euch und andere, macht den Termin bekannt, streitet mit, mobilisiert, bereitet eigene Aktionen vor und was euch sonst noch einfällt!

Es gibt kein ruhiges Hinterland

Mit Jenoptik und vor allem Carl Zeiss sitzen in Jena zwei Unternehmen, die in die "optronische" Rüstungsindustrie involviert sind. Letzteres verkauft seine "Präzisionsoptik" nicht nur an "Heer, Luftwaffe und Marine", sondern auch an den Bundesgrenzschutz. "Zur Überwachung von Grenzen und großen Arealen finden international Grenzraumüberwachungsfahrzeuge der Zeiss Optronik GmbH Verwendung", heißt es stolz auf der Homepage. Insofern symbolisiert Zeiss geradezu idealtypisch den Zusammenhang von Krieg nach außen und Kontrolle nach innen.

Das Wirtschaftsstandortimage wird nicht zuletzt durch die "Friedrich-Schiller-Universität" in Jena getragen. So ist Jena einer von 4 Standorten weltweit, die für die Entschlüsselung des menschlichen Genoms verantwortlich zeichnen. Dabei kann die Universität auf ihre faschistische Tradition während des Nationalsozialismus bezüglich der "Menschenforschung" zurückgreifen - eine Auseinandersetzung mit ihrer Vergangenheit hält die Uni bis heute nicht für notwendig. Da wundert es dann auch nicht mehr, wenn der Philosophie-Professor Günther Zehm für die "Junge Freiheit" - ein Organ der Neuen Rechten - schreibt.

In Gera sorgt die "Kameradschaft Gera" nahezu unwidersprochen für "deutsche Ordnung", in Jena versuchen junge NPD-Mitglieder in weißem Wollstrickpullover mit ordentlichem Kurzhaarschnitt als Angehörige des Ortschaftsrates ein nationales Jugendzentrum einzurichten.

Weitab von Jena im Wald und nahezu völlig isoliert aufgrund der mangelnden Transportmöglichkeiten, liegt die sogenannte "zentrale Erstaufnahmeeinrichtung für AsylbewerberInnen" (ZAST) Jena-Forst, direkt daneben befindet sich das Bundesamt für die Anerkennung Asylsuchender. Die ca. 300 Flüchtlinge in der ZAST sind der Willkür und den Schikanen des dortigen Bewachungsdienstes -einer in Jena ansässigen Sicherheitsfirma- ausgeliefert. Werden sie in die umliegenden Heime verteilt, müssen sie dort mit Übergriffen der örtlichen Nazis rechnen.

Geschichte der Grenzcamps

Im Sommer 1998 haben AktivistInnen von "kein mensch ist illegal", Autonome sowie antifaschistische Gruppen in Ostsachsen erstmals zu einem Aktionscamp an der deutsch-polnischen Grenze in der Nähe von Görlitz aufgerufen. Etwa 200 Menschen aus Ost und West beteiligten sich an. Aktionen gegen ein Grenzregime, in dem sich ein hochtechnisierter BGS und die Denunziationsbereitschaft großer Teile der Bevölkerung in einer bisweilen tödlichen Menschenjagd auf die sogenannten illegalen EinwandererInnen kombinieren. Ein Schwerpunkt bildeten zudem Aktionen gegen regionale (neo-) faschistische Strukturen.

1999 wurde ein Folgeprojekt in Zittau im Dreiländereck zu Polen und Tschechien organisiert, im Jahr 2000 dann ein drittes Camp in Forst bei Cottbus.

Im vergangenen Jahr verliess das Camp zum ersten Mal die Außengrenzen im Osten und belagerte den deutschen Abschiebeflughafen Nr.1 in Frankfurt/ Main.

Das Camp wurde zunehmend von Menschen aus verschiedenen Spektren sowie Flüchtlingsselbstorganisationen und unter zeitweiliger Beteiligung polnischer AktivistInnen organisiert und getragen.

Campen heißt Zelten - Strukturen und Orga

Wie auch in den Jahren zuvor erfordert die Teilnahme an Camp die Bereitschaft, auch schon im Vorfeld bestimmte Dinge zu organisieren und mitzudenken. Das bedeutet zum Beispiel Isomatte und Zelt mitzubringen, wenn möglich auch mehrere, da nicht alle TeilnehmerInnen solches besitzen werden. Ums Essen wird sich eine Vokü kümmern, das funktioniert allerdings nur, wenn alle die das können einen Campbeitrag zahlen und wie schon erwähnt beim Kochen etc. helfen.

Es wird mehrere große Plena, ein tägliches Delegiertenplenum, ein Infozelt und einen FrauenLesben-Bereich geben. Des weiteren hat es sich als nützlich erwiesen, Autos, Fahrräder und andere Transportmittel dabei zu haben. Wir begrüssen es ausserdem sehr, wenn Leute Aktionsequipment, d.h. Transpistoff, Farbe, Megaphone u.ä. mitbringen. Der diesjährige Zeltplatz wird noch bekannt gegeben, also bleibt dran und haltet Augen und Ohren offen. See you!

Kontakt

www.nadir.org/camp02

The Voice Africa Refugee Forum
Schullergäßchen 5
07745 Jena
tel.: 0049 (0) 3641 665214
fax.: 0049 (0) 3641 449304 / 0049 (0) 3641 221291
The_Voice_Jena@gmx.de

Hier die Kontoverbindung für Spenden:
Inhaber: Camp ag
Kto: 10155606
Blz: 83094454 (Volksbank Saaletal e.g.)

Auf zum antirassistischen Sommer!

Neben dem Camp in Jena haben alle interessierten Menschen die Gelegenheit, sich an weiteren linksradikalen Events zu beteiligen.

"reclaim the highway": Konvoi/ Karawane von Jena nach Strasbourg mit stop-over Frankfurt-Airport nach dem Ende des Camps in Jena.

"noborder-camp": vom 19.-28. Juli findet in Strasbourg ein internationales Camp des europaweiten noborder-Netzwerkes statt. Es zielt auf ein sich zunehmend vereinheitlichendes europaweites Grenzregime mit seinem Schengen-Informations-System, dessen Sitz sich in Strasbourg befindet.

"Summercamp" (hervorgegangen aus der cross-over-conference): voraussichtlich vom 03.-11. August in der Nähe von Cottbus. Bislang geplante thematische Schwerpunkte sind Gender/ Migration/ Arbeit, Grenzprostitution/ Sexarbeit und Biotechnologie.

"Land-in-Sicht-Tage": in Hamburg soll ab dem 16.8. ein Camp stattfinden, das sich den Themen Innere Sicherheit, Rechtspopulismus, Autoritäre Formierung und damit verbunden rassistischen und sexistischen Strukturen widmet.

"Karawane Tour 2002": Unter dem Motto: "Asylrecht ist Menschenrecht" und "Wir sind hier, weil Ihr unsere Länder zerstört" wird dieses Jahr wieder eine Karawane zur Verteidigung der Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen stattfinden. Am 17. 08. beginnt die Karawane mit Innenstadtaktionen in Oldenburg; weitere Stationen werden u.a. Bramsche (Ausreisezentrum), Bremen und Hamburg sein.



Lang lebe die Übertreibung und der Palais d'Amour

Reden wir von Europa. Einem Europa, das irgendwann einmal verlassen wurde und nun besetzt wird wie ein leeres Haus. Dessen Türen aufgebrochen werden, damit die heruntergekommenen Räume sich wieder mit Leben füllen: einem anderen Leben, das freilich nichts zu tun hat mit dem, was einst unter Europa verstanden wurde. Wir glauben diesem alten Europa nach wie vor kein Wort, wenn es heute statt Humanismus um humanitäre Missionen, statt Kolonialismus um gerechte Kriege, statt Stellvertreterkriege um die eigene Sicherheit geht.

Wenn wir heute von Europa reden, dann nicht, weil wir an Europa glauben. Sondern weil wir auf die Ironie der Geschichte setzen:
Im Zeitalter einer neuen globalen Souveränität haben Abhängigkeit und Unabhängigkeit überall auf der Welt einen neuen Sinn bekommen und die positive wie negative Fixierung auf Nationalstaaten jede Perspektive verloren.

Wenn wir heute von Europa reden, dann weil wir vorhaben, Europa, dieses abbruchreife Gebilde, endlich einer sinnvollen Nutzung zuzuführen. Weil wir die Chance sehen, mitten in diesem Europa eine andere Welt möglich zu machen.
Wir reden von einem Europa, das erkämpft wird gegen die Mächte des alten Europas der Nationalstaaten, das alte Europa von Kolonialismus, Imperialismus und Faschismus. Das erkämpft werden muss gegen die Mächte des gegenwärtigen Europas mit seinen rechtspopulistischen und postfaschistischen Regierungen, mit seinen progressiven Großmachtphantasien und seiner ungebrochenen humanistischen Heuchelei.
Wir reden von einem Europa, das viel mehr erkämpft werden muss gegen die neue Macht eines imperialen Kommandos, das den Ausnahmezustand zur Regel erhebt und die Privilegien einer liberalen Gesellschaftsordnung ebenso einebnet wie die mühsam errungenen Zonen gelinderter kapitalistischer Ausbeutung.

Wir reden am Ende von einem Europa, das weniger gegen das bestehende, als für ein künftiges erkämpft wird. Wir reden von einem virtuellen Europa. Ein Europa, das in und aus vielen anderen Europas besteht. Von Europas. Die das Werk von Generationen anderer Menschen im Kampf um Befreiung fortsetzen. Ein Europa, das in den vergangenen Kämpfen von Minderheiten bereits zu erahnen war, das in den Kämpfen der Arbeits- und Papierlosen im Entstehen begriffen ist, in den Kämpfen einer neuen Gewerkschafts- und Umweltschutzbewegung weiter wachsen wird.

Ein Europa, das es längst gibt, in dessen Mitte wir leben, das aber trotzdem unsere Vorstellungskraft überschreitet.

Die Menschen, denen die Hoffnung auf das blanke Überleben bald mit der gleichen Selbstverständlichkeit geraubt wird wie das Recht auf Selbstbestimmung, lassen sich nicht fern halten von Europa. Sie machen sich auf den Weg – wenn nicht freiwillig, dann aus gutem Grund, mit dem festen oder letzten Willen, ein besseres Leben zu erlangen.

Reden wir von einem offenen Europa. Ein Europa, das sich nicht länger zu sichern vorgibt und abschottet. Ein Europa, das erobert wird vom Rest der Welt. Das aus allen besteht, die hier sind oder hierher wollen. Ein Europa ohne Grenzen. Ein Europa, in dem sich Innen und Außen so miteinander verschränken, dass es untrennbar vernetzt ist mit der Welt.

Reden wir von einem kleinen Europa. Ein Europa ohne Territorium und ohne Identität. Ein Europa, das allen gehört und zu dem alle gehören, die dazugehören wollen, und sei es im Vorübergehen. Ein temporäres Europa, dessen einziger und eigentlicher Sinn darin besteht, Brücken zu schlagen, Beziehungen zu stiften, zu verknüpfen und zu verbinden.

Reden wir von einem demokratischen Europa. Ein Europa, in dem es keine Mehrheit mehr gibt, und deswegen auch keine Minderheiten. Einem Europa, das sich nicht aufteilt oder erweitert wird, sondern immer weiter vervielfältigt. Ein Europa, in dem die materiellen wie immateriellen Grundrechte allen Menschen zustehen, egal in welches Unrecht sie zufällig hineingeboren wurden. Ein Europa, das allen Menschen Bewegungs- und Informationsfreiheit, das Anrecht auf ein gesichertes Auskommen wie die Aussicht auf ein glückliches Leben garantiert.

Reden wir von einem produktiven Europa. Ein Europa, das nicht zwischen nützlichen und unnützen Menschen unterscheidet. Ein Europa, in dem jeder Mensch ein Experte ist. Ein Europa, in dem Wissen nicht als geistiges Eigentum versperrt, sondern zur allgemeinen Nutzung freisteht. Ein kreatives Europa, in dem die Menschen sich die Produktionsmittel aneignen, die sie benötigen, um wenigstens die dringendsten Probleme dieser Welt anzugehen. Ein Europa, das seine Vielfalt, seine Verschiedenartigkeit und seinen Reichtum nicht auf Kosten der restlichen Welt erwirtschaftet, sondern zu einer Globalisierung beisteuert, die diesen Namen verdient.

Sprechen wir von Strasbourg. Sprechen wir vom europäischen NoBorderCamp vom 19.-28. Juli 2002 in Strasbourg. Verlieren wir einige Worte auf dem Weg, das Europa zu unterminieren, welches sich Schengen nennt und geheimnisvoll S I S buchstabiert. Unternehmen wir die Aktionen, welche die herkömmlichen Grenzen Europas überschreiten und unterlaufen. Erwähnen wir die Leidenschaft und den Aufstandswillen des Kumpel Blanqui. Gewinnen wir Freundinnen und Freunde bei einem Festival der Lust. Produzieren wir im Labor des zivilen und sozialen Ungehorsams die unvorstellbaren Wünsche der möglichen Welt. Organisieren wir die Subversion Europas.

Sie kaufen dein Glück, stehlen wir es.

Temporäre Assoziation
jeder mensch ist ein experte



Forum der temporären Assoziation „Jeder Mensch ist ein Experte":

Arbeit und Migration

21. bis 23.Juni in Hamburg

eine einleitende positionierung

es sei dahingestellt, ob und wieweit die öffentliche debatte um ein „zuwanderungsbegrenzungsgesetz" weiterhin wahlkampftaktisch aufgeladen und wie das neue regelwerk letztlich in den einzelnen facetten aussehen wird. Jedenfalls markiert der im märz 2000 aufgemachte diskurs einen doppelten anspruch der politisch-wirtschaftlichen elite: die migration entsprechend ökonomischer verwertungsinteressen zu regulieren und gleichzeitig einer verschärften kontrolle zu unterwerfen. Entsprechend kombiniert das moderne migrationsregime arbeitsmarktpolitisch motivierte öffnungen für die „nützlichen" mit neuen repressiven ausgrenzungs- und abschiebemaßnahmen gegenüber den „nutzlosen" bzw. unerwünschten. Die neue ausnahmeverordnung für pflegekräfte, die nun frauen aus osteuropäischen assoziationsstaaten in auf drei jahren befristeten arbeitsverträgen legalisiert, steht beispielhaft für diesen regulierungs- und verwertungsanspruch. Die einrichtung sogenannter ausreisezentren symbolisiert einen parallelen neuen schub der kontrolle, entrechtung und illegalisierung von abgelehnten asylsuchenden.

Bei aller brutalisierung der ökonomischen und sozialen bedingungen für flüchtlinge und migrantInnen sollte dennoch nicht aus dem blickwinkel geraten: die benannten maßnahmen reagieren auf eine ungebändigte autonomie der migration, sie zielen auf ihre sozialen netzwerke, die sich den globalisierten ausbeutungshierarchien widersetzen. Die „bekämpfung illegaler migration" ist nichts anderes, als die kriminalisierung einer sozialen bewegung und ist entsprechend mit allem nachdruck zurückzuweisen.

unser hintergrund

in den letzten jahren waren wir in diversen kampagnen und aktionen rund um das netzwerk „kein mensch ist illegal" aktiv. Der gleichnamige apell beinhaltete zwar den anspruch, auch die sozialen bis arbeitsrechtlichen aspekte der illegalisierung zu thematisieren. angesichts einer zunehmend verschärfteren abschiebungspolitik geriet diese soziale dimension jedoch niemals angemessen ins blickfeld. Im juli vergangenen jahres haben wir im rahmen des antirassistischen grenzcamps bei frankfurt (main) erstmals eine zeitung erstellt, in der wir unsere überlegungen vorgestellt sowie einschätzungen unterschiedlicher initiativen zur einwanderungsdebatte zusammengeführt hatten. im oktober dann beteiligten wir uns in münchen am make-world-festival. „everyone is an expert" lautete der untertitel dieser viertägigen konferenz (www.make-world.org), die eine spannende bühne für informationen und kontakte aus aller welt bot. „arbeit ohne grenzen" bildete darin einen zentralen veranstaltungsstrang, in internationaler zusammensetzung diskutierten gewerkschafterInnen sowie medien- und antirassistische aktivistInnen über die vielgestaltigen zusammenhänge von arbeit und migration. mit zweien der eingeladenen referentinnen haben wir anschließend eine veranstaltungstour organisiert: mit Valery Rey Alzaga von der SEIU (Service Employees International Union), der Janitor-Gewerkschaft in Denver sowie mit Kimi Lee, die ein textilarbeiterInnenzentrum in Los Angeles leitet. ihre vorträge boten einen beeindruckenden einblick in die streiks der putzkräfte quer durch die USA, in die multiethnische organisierung in den niedriglohnbereichen und nicht zuletzt in die auch von gewerkschaften mitgetragenen kampagnen für die legalisierung statusloser arbeitsmigrantInnen. Die frage, inwieweit solche erfahrungen für hiesige verhältnisse nutzbar gemacht werden können, war in allen veranstaltungen präsent. Daraus sowie aus neu entstandenen kontakten insbesondere in die gewerkschaftslinke sowie zu leuten aus dem projekt kanak attak entwickelte sich schließlich das forum als idee, diskussionsraum für ein praktisch-orientiertes „cross-over" zu eröffnen.

das forum

am freitag abend wollen wir zunächst in einer kurzen einleitung einige uns zentral erscheinende fragestellungen benennen. Die komplexität, die ambivalenzen und widersprüche, in denen „arbeit und migration" im globalisierten und flexibilisierten kapitalismus zu thematisieren wären, sollten zumindest angerissen werden. Anschließend sind drei beiträge vorgesehen, um unterschiedlichkeiten im gesamtspektrum der migration zu skizzieren. thematisiert werden fluchtmigrantInnen am arbeitsmarkt, die pendel- und saisonmigration aus osteuropa sowie frauenspezifische formen der arbeitsmigration. Dabei soll der schwerpunkt auf politische handlungsansätze, aber auch auf einschätzungen zu den sozialen alltäglichen widerstandsstrategien der betroffenen gelegt werden.

Am samstag wollen wir tagsüber in zwei arbeitsgruppen folgende diskussionsstränge bearbeiten: zum einen den sozialpolitischen krisenangriff, der durch die auflösung fder fabrikarbeit, eine immer weitere ausdifferenzierung der ausbeutungsverhältnisse und die ausweitung der niedriglohnarbeiten gekennzeichnet ist. (...)

Daran sollte die zweite arbeitsgruppe anknüpfen und widerstandsansätze bzw. organisierungserfahrungen thematisieren, hier in der BRD, in europa, in den USA ... „Was tun?!" also die zentrale frage der zweiten runde. (...)

Der samstag abend steht unter dem titel „kritik und krise der arbeit". Initiativen gegen und jenseits der verwertungsgesellschaft sowie feministische ktitiken zur hausarbeit, insbesondere im kontext der migration sollen diskutiert und neue technologien nicht nur in richtung kontrollgesellschaft sondern auch nach neuen autonomien hinterfragt werden.

Den sonntag (bis ca. 14 uhr) wollen wir praktischen schlußfolgerungen und möglichst konkreten handlungsvorschlägen vorbehalten.

Wir halten eine kampagne für gleiche rechte für dringend geboten, sind uns allerdings über die konkreten ausgestaltungen, über die rolle, die darin z.b. die legalisierungsforderung erhalten kann oder muß, in vielerlei hinsicht unklar. Wir sind uns einig,

- dass wir diesbezüglich eine stärkere polarisierung für notwendig halten;
- dass wir migration als ein selbstverständliches recht asuf bewegungsfreiheit ansehen;
- dass wir alle protektionistischen ansätze von gewerkschaftsseite nicht nur für perspektivlos halten sondern letztlich im nationalismus münden sehen;
- und dass wir mit diesem forum mehr wollen als eine bestandsaufnahme und einen austausch unterschiedlicher ansatzpunkte...

wir setzen insofern auf die eigendynamik und synergieeffekte eines zusammentreffens praxisinteressierter gruppen und personen, die hoffentlich ebenfalls von der überzeugung beseelt sind, dass sich die bedeutung einer konferenz an den praktischen initiativen messen lassen muß, die davon ausgehen.

Wir werden einen vorbereitungsreader erstellen, in dem grundlegende texte zu den angerissenen schwerpunkten gesammelt sind. (...) zu einer fortsetzung und internationalisierung der debatte laden wir schon jetzt ins nobordercamp vom 19. Bis 28.juli nach strasbourg ein (www.noborder.org). „arbeit und migration" werden wir dort zu einem inhaltlichen schwerpunkt ausgestalten, u.a. haben die aktivistinnen aus den USA ihr erneutes kommen bereits zugesagt.

Kontakt und anmeldung über
Frank@offlimits.de **(0179/6619710)**
oder hagen@kein.org **(01726688454)**

Zweite Konferenz Lichter der Großstadt Sa. 8.Juni 02, 10-18 Uhr Hochschule für Wirtschaft und Politik (von Melle Park 9)

Gegen „Sicherheit und Ordnung" – Für soziale Grundrechte

Am 21. September 2001 hat jede/r fünfte HamburgerIn Law and Order gewählt. Doch die „Partei von Sicherheit und Ordnung" ist sehr viel größer und bedeutsamer als Schills Partei Rechtsstaatlicher Offensive. Sie umfaßt neben CDU und FDP auch die SPD und weite Teile der Grünen.

In der Flüchtlings- und Drogenpolitik ist die Hamburger SPD/GAL-Regierung mit repressiver Politik vorangegangen. Sicherheit und Ordnung, Einschränkung bürgerlicher Freiheitsrechte, Pflichten statt Rechte in allen gesellschaftlichen Bereichen – das wird in den nächsten Jahren in Hamburg Leitlinie sein, ohne dass von SPD und GAL inhaltlich-konzeptionell Opposition zu erwarten wäre. Schließlich haben sie eine Verteilungspolitik fortgesetzt, die die Reichen reicher und die Armen ärmer macht. Mit der rot-grünen Steuer"reform" werden Vermögensbesitzer, Wohlhabende und Unternehmen entlastet, während die öffentlichen Haushalte, insbesondere die kommunalen Kassen ausgeblutet werden.

Dass nach den Anschlägen in New York und Washington vom 11. September letzten Jahres unter dem Label der „Terrorismus-Bekämpfung" ein gesamtgesellschaftliches Klima der Angst und der harten Hand erzeugt wird, verschärft die Situation zusätzlich.

Unter diesen Umständen kommt es mehr denn je darauf an, bürgerrechtliche Positionen zu verteidigen und zu stärken, sowohl in der Kriminal-, Sicherheits- und Justizpolitik wie auch in allen Facetten der Sozialpolitik: soziale Sicherheit, menschenwürdige Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und gesamtgesellschaftliche Solidarität und Hilfe sind Rechtsansprüche. Sie gelten ohne Vorleistung und Pflichterfüllung.

In der Sozialpolitik hat das Element der Kriminalprävention eine lange Tradition, die inzwischen immer stärker in den Vordergrund tritt: Sozialpolitik muss sich heutzutage in erster Linie als Sicherheitspolitk legitimieren. Die Themen „Sauber Stadt – Sicherheit – Kontrolle der öffentlichen Räume – Vertreibung/Ausgrenzung" werden in den nächsten Jahren zu einem Dauerbrenner. Vieles deutet darauf hin, dass der neue Senat das konsequent umsetzt, was an Ausgrenzungs- und Kriminalisierungsszenarien im Bettlerpapier von 1996 angedacht war.

Es ist also höchste Zeit, die inhaltlich-konzeptionelle wie auch die praktische Opposition gegen die „Partei von Sicherheit und Ordnung", gegen den autoritären Charakter des „aktivierenden Sozialstaates" und gegen Ausgrenzung und Entsolidarisierung zu formieren. Es ist also genau der richtige Zeitpunkt für die Fortsetzung der Konferenz „Lichter der Großstadt".







Programm:
10- 11 Uhr Eröffnungsplenum
11- 12.30 Uhr Arbeitsgruppen
12.30 –13.30 Uhr Mittagspause
13.30 – 15 Uhr Plenum 1, Arbeitsgruppen
16 – 18 Uhr Plenum 2, Referat „Gegen Sicherheit und Ordnung – für soziale Grundrechte" (Michael Lindenberg, Ev. FH des Rauen Hauses, Redaktion ‚Widersprüche', Hamb. Signal); anschließend Diskussion: Perspektiven der Opposition gegen Neoliberalismus und „Law-and-Order"

Arbeitsgruppen:

AG 1 Sozialpolitik in der Kriminalitätsfalle: Das Beispiel der geschlossenen Heimunterbringung für Kinder und Jugendliche

AG 2 Sozialpolitik zwischen solidarischer Hilfe und sozialem Räumungsdienst: Innenstadtvertreibung und akzeptierende Drogenhilfe

AG 3 Nur wer arbeitet, darf auch essen: Der Arbeitszwang in der Sozialhilfe

AG 4 Der gar nicht diskrete Charme von Markt und „Modernisierung": inhaltlicher Wandel sozialer Arbeit unter dem Druck von Ökonomisierung und „neuer Steuerung"

AG 5 Ein Recht wird entsorgt: Das Elend mit den Kitas

AG 6 Von „HamburgerInnen", „ausländischen Mitbürgern", „Gästen" und „Scheinasylanten": Flucht und Migration nach Hamburg

AG 7 Vom Regen in die Traufe. Tendenzen und Entwicklungen in der Sozialpolitik von rot-grün bis Schwarz-Schill

Kontakt und sonstiges:
Konferenz „Lichter der Großstadt", Nernstweg 32-34, 22765 HH
Tel.: 390 88 62 oder 0160 – 91459979, FAX 399 01 012
e-mail: lichterkonferenz@web.de;
netz: www.lichter-der-grossstadt-de
Kosten 5 Euro, Kinderbetreuung anmelden, demnächst gibt es einen Reader

VeranstalterInnen: Sozialpolitische Opposition Hamburg, ver.di-Fachgruppe Kinder, Jugend und Soziales, ver.di Fachbereich 03, Regenbogen, ASTA der HWP, Hamburger Signal für eine andere Kinder- und Jugendpolitik

Dokumentation:

beitrag zum antimilitaristischen aktionstag

in der nacht zum 27. april haben wir das u-boot-ehrenmal möltenort (kiel) und einige heldengedenksteine in verschiedenen ortschaften in schleswig-holstein mit antimilitaristischen und antikapitalistischen sprüchen gekennzeichnet. wir sehen diese aktion als eine von vielen möglichen gegen militarismus und militarisierung. wenn sie in ihren auswirkungen auch begrenzt ist und vorwiegend symbolischen charakter hat, stört sie immerhin die einstimmige ruhe in der deutschen gesellschaft von heldentümelei und geschichtsverdrehung.

einseitiges gedenken
heldengedenksteine beklagen in der regel den tod deutscher soldaten im I. und II. weltkrieg. von „opfern" ist die rede oder von „im kampf gefallenen". dabei werden ursache und wirkung einfach verdreht. schon die begriffswahl zeugt von fehlender reflektion, denn es handelt sich nicht um eine naturkatastrophe, sondern um von deutschland initiierte kriege, von denen die soldaten ein teil sind. und marine-u-boote sind kein hobby, sondern mordwaffen, von denen sich deutschland im nächsten jahr wieder zusätzliche anschaffen wird. seine gestörte wahrnehmung von opfern beweist deutschland u.a., indem kriegsveteranen ihre rente bekommen, eine entschädigung für zwangsarbeiterInnen und deserteure aber noch immer nicht oder in nicht angemessenem maße gezahlt wird. die gedenktafeln und ehrenmale trauern weder um die toten zivilistInnen noch stellen sie den krieg in frage. stattdessen verherrlichen sie armee und militär und dienen rechtsgesinnten gruppen als bezugspunkte für ihren deutschen heldenkult.

stimmungsmache in dieser gesellschaft
beschönigende funktion hat auch das abhalten von öffentlichen gelöbnissen. das ansehen von uniformen und soldaten soll in der gesellschaft gesteigert werden. gelöbnisse reihen sich in die vorbereitungen ein, die deutschland wieder zur kriegsnation machen. spätestens seit der übernahme der DDR und dem zusammenbruch des warschauer paktes ist die systematische militarisierung deutschlands nicht mehr zu übersehen. schrittweise wird der kriegseinsatz der bundeswehr wieder salonfähig. stationen sind unter anderem der zivile einsatz bei der überschwemmung der oder, die umdeklarierung der bundeswehr von einer verteidigungsarmee zur interventionsarmee in den verteidigungspolitischen richtlinien, die beobachterstellung bei der rückführung von flüchtlingen in mazedonien und mittlerweile der kampfeinsatz von spezialeinheiten in afghanistan. im jugoslawienkrieg musste die systematische ermordung der europäischen juden dafür herhalten, dass eine deutsche armee zum dritten mal im 20.jahrhundert im balkan einfällt und heute eine führende position bei den besatzungstruppen inne hat. mit den lügen um ethnische säuberungen im kosovo und dem widerlich missbrauchten vorwand, die menschenrechte zu verteidigen, war es möglich, dass die vermeintlich „humanitären einsätze" keinen nennenswerten widerspruch in deutschland hervorriefen. die medien trugen ihren teil an propaganda dazu bei.

rot-grün macht es möglich
die sozialdemokraten bleiben ihrer geschichte treu, indem sie die durchsetzung von tabuthemen vorantreiben. in der jüngeren geschichte sorgte die spd beispielsweise für die einführung der notstandsgesetze ende der 70er jahre. mit unterstützung einer gescheiterten friedenspartei hat sie nunmehr die beteiligung der bundeswehr an kriegseinsätzen ermöglicht und die rüstungsinvestitionen deutlich erhöht. auch die diskussion um einen einsatz von deutschen soldaten zur friedenssicherung in israel konnte nur von einer sozialdemokratischen regierung aufgebracht werden. wieder wird der unmögliche vergleich mit dem holocaust herbeigezerrt, wieder ist von der verantwortung deutschlands aufgrund seiner geschichtlichen erfahrungen die rede. dass der begriff erfahrungen verwendet wird, anstatt von der schuld der deutschen zu sprechen, drückt verharmlosung aus.

im interesse der wirtschaft
neben den geostrategischen faktoren bestimmen auch die ökonomischen interessen die möglichen angriffsziele. die gewinner sitzen wie immer in den höheren etagen der wirtschaft. einsätze wie der in jugoslawien zerstören die infrastruktur vor ort und schaffen eine abhängigkeit beim wiederaufbau und neue absatzmärkte. deutlich wird diese verbindung zum militärapparat u.a. bei der nato, wo wirtschaftsvertreter bei den verhandlungen mitmischen oder im bereich der rüstungsindustrie, die die ökonomie der trikontländer zerüttet.

unsere utopie
wir lehnen die zunehmende militarisierung ab, da sie keine lösung für soziale und ökonomische probleme ist. die ursachen für die weltweiten zustände, die hunger, krieg und elend zu tage bringen, liegen im kapitalistischen system, in dem es immer verlierer geben muss. wir kämpfen für eine gesellschaft frei von unterdrückung, sei sie ökonomischer, patriarchaler, rassistischer oder sonstiger art.

kein vergeben!
nieder mit dem militarismus, nieder mit dem kapitalismus!
deutsche waffen, deutsches geld morden mit in aller welt!





Queerer Christopher Street Day

Anlässlich des 33. Jahrestags der Stonewall Riots vom 27. Juni 1969 wollen wir einen queeren politischen Christopher Street Day veranstalten.

Die Stonewall Riots waren ein Aufstand gegen massive staatliche Repressionen queerer Lebensweisen.

Drag queens, butches und femmes, größtenteils aus der Unterschicht oder aufgrund ihres nicht normgerechten Verhaltens verarmt und obdachlos geworden, People of Color, Stricher, diejenigen, die überall sonst ausgeschlossen wurden und sich keine anderen Orte leisten konnten, lieferten sich anlässlich einer Razzia im Stonewall Inn eine dreitägige Straßenschlacht mit der Polizei.

Das heißt, Stonewall war gleichermaßen ein Aufstand von Transgender-Menschen, Schwulen und Lesben. Bei Stonewall ging es darüber hinaus nicht nur um Rechte für Homosexuelle, sondern um die Verbindung aller möglichen Kämpfe gegen Unterdrükkung (Rassismus, Armut, Sexismus, Obdachlosigkeit, ...) weil die Unterdrückung von Transgender-Menschen, Schwulen, Lesben und Bisexuellen untrennbar mit anderen gesellschaftlichen Machtverhältnissen verbunden ist.
Die an den Riots beteiligte Latina drag queen Sylvia Rivera erklärte in einem Interview: „We were fighting for our lives" („Wir haben für/um unser Leben gekämpft").

Deshalb kann es für uns bei queerer Politik nicht darum gehen, sich in der herrschenden Gesellschaftsstruktur einzurichten, sondern radikale gesellschaftliche Kritik zu formulieren und umzusetzen.

Queer bedeutet für uns die Kritik an strukturellen Hierarchien und Normierungen, vor allem in Bezug auf Geschlecht und Sexualität. Mit strukturellen Hierarchien, die miteinander und ineinander verwoben sind, meinen wir zum Beispiel Rassismus, Sexismus, Antisemitismus, Homophobie, „Behinderten"feindlichkeit, Nationalstaatlichkeit und ökonomische Ausbeutung. Beispiele für Normierungen, die für Geschlecht und Sexualität eine besondere Bedeutung haben, sind Heterosexualität, die Beschränkung auf bestimmte Sexualpraktiken, ökonomische Verwertbarkeit, Gesundheits- und Schönheitsideale wie Jugendwahn, die Privilegierung von Kernfamilie, Ehe und lebenslanger (monogamer) Zweierbeziehung.
Dies beinhaltet für uns auch eine kritische Auseinandersetzung mit den Normen und Ausschlussmechanismen, die wir in unseren eigenen Subkulturen (re)produzieren.
Bei queerer Politik im Rahmen unserer Veranstaltung geht es uns darum, dass für Personen mit den unterschiedlichsten Schutzbedürfnissen Freiräume geschaffen werden können. Jede der oben genannten Hierarchien und Normierungen kann Schutzbedürfnisse hervorrufen und einige können im Widerspruch zueinander stehen. Uns ist klar, dass wir Schutzräume nicht einfach so bereitstellen können, sondern dass „Wir" der ständigen Auseinandersetzung und Verhandlung bedarf. Unsere Veranstaltung richtet sich in erster Linie an Transgender-Menschen, Intersexuelle, Lesben, Schwule, Bisexuelle, Tunten, butches und femmes sowie diejenigen, die sich nicht einem Label zuordnen wollen. Wir hoffen daher, dass wenigstens in dieser Hinsicht ein repressionsfreier Raum entsteht. Darüber hinaus ist es uns ein zentrales Anliegen, die herrschende heterosexuelle „Normalität" auszuhebeln, mit der queere Menschen nach wie vor alltäglich konfrontiert sind.
In diesem Sinne sind die geplanten Veranstaltungen kein Schnupperangebot an die linke, tolerante Heterowelt. Wir sind nicht die willkommene exotische Abwechslung im heteronormativen Alltag. Queere Subkultur naschen entledigt nicht von der Auseinandersetzung mit Stereotypen und Machtverhältnissen in heterosexuellen Zusammenhängen. Zu queerer Praxis gehört mehr als ein abstraktes theoretisches Polit-Interesse.
Queer heißt für uns nicht postmoderne Beliebigkeit!

Gerade in Anbetracht der vielgepriesenen rechtlichen und tatsächlichen „Verbesserungen" für Homosexuelle während der letzten Jahre halten wir es für wichtig, den neoliberalen Charakter herrschender Politik, der von der schwul-lesbischen Lobbypolitik übernommen wurde, zu hinterfragen. Gewollt ist damit allein die Integration derjenigen, die ökonomisch verwertbar erscheinen und geeignet sind, sich in die Rahmenbedingungen der bürgerlichen Konsumgesellschaft einzupassen.
Vor den Stonewall Riots versuchten die Mattachine Society und die Daughters of Billitis sich durch Anpassung an die heterosexuellen Normen eine Lobby für schwul-lesbische Rechte zu erkämpfen. Die Subkultur, zu der auch das Stonewall Inn gehörte, bestand dagegen hauptsächlich aus Tunten, Transen, Butches und Femmes, Sex Workern usw, die sich nicht anpassen konnten oder wollten. Mit den Stonewall Riots begannen auch sie, politisch aktiver zu werden, und der Strategie der Mattachine Society die der Gay Liberation entgegenzusetzen. Somit polarisierten die Stonewall Riots die damalige schwul-lesbische Community. Auch heute geht es wieder um widerstreitende politische Interessen innerhalb der Community, nämlich einer Politik der Anpassung an gesellschaftliche Normen, um akzeptiert zu werden versus dem Versuch, eben diese Normen grundsätzlich in Frage zu stellen.
Bei dem kommerziellen CSD im letzten Jahr gipfelte dieser Konflikt darin, dass vom Vorstand des CSD-Vereins die Polizei gerufen wurde, um unliebsame TeilnehmerInnen aus dem Paradezug zu entfernen. Nachdem bereits im Vorfeld kritische Artikel aus der offiziellen CSD-Broschüre entfernt wurden, bedeutet dieses Vorgehen auf der CSD-Parade einen weiteren Versuch der Zensur von seiten des CSD-Vereinvorstands. Darüber hinaus wollte der Vorstand auf einer Veranstaltung, die sich auf die Stonewall Riots beruft, die vor allem auch eine direkte Antwort auf Polizeigewalt darstellten, kritische Stimmen mit Polizeigewalt aus der Parade entfernen lassen.
Um dem etwas entgegenzusetzen, wählen wir die Form einer viertägigen nicht-kommerziellen Veranstaltungsreihe. In diesem Rahmen wollen wir uns mit queerer Politik auseinanderzusetzen und neue Perspektiven trans-les-bi-schwuler Politik entwickeln.
Geplant sind Diskussionen, Filme, eine Demonstration usw., aber auch ein Konzert, eine Party, eine Bar: Spaß statt Kommerz!

In Zeiten wie diesen – mit Sicherheit queer!



Queerrr Street Days – für einen politischen CSD

27 – 30 Juni 2002 in Hamburg

Donnerstag:

14h PICNIC mit Croquet Turnier und Schnittchen im Schanzenpark und Ausstellung in der Schwulen Baustelle
19h glamouröse Eröffnung der STONEWALL INGE mit Showeinlagen
22h Film: Stonewall

Freitag:

14h STONEWALL INGE:
15h open space; samba workshop; pink/silver workshop
18h „*Queer Theory und feministische Praxis*" Veranstaltung
22h Film

22h KONZERT: *come queer – gender is my music* – marcaZenit, Holly May, Rhythm King & her friends. DJ's glow girls & Inger in der Roten Flora

Samstag:

12h DEMO: für einen politischen CSD
Treffpunkt: Gerhard-Hauptmann-Platz

15h STONEWALL INGE
16:30 „*Internationale Perspektiven auf queere Kämpfe*" Teil I Veranstaltung
19h „*Internationale Perspektiven auf queere Kämpfe*" Teil II

22:30 FILM: „*Culture Clash*" im B-Movie
23h PARTY in der Flora

Sonntag:

12h STONEWALL INGE: veganes Frühstück
15h musikalische Einlage mit surprise guest
17h „*Gehört SM in queere Räume?*" Diskussionsveranstaltung mit Einführung

<u>und davor:</u>
17.06. „*before Stonewall*" in den Zeise Kinos
18. und 26.06. bildwechsel präsentiert: queeres filmprogramm im metropolis

Alle Veranstaltungen sind im „STONEWALL INGE", außer es steht ein anderer Ort dabei! Das „STONEWALL INGE" sind die Räumlichkeiten des 3/10 Toleranz und des Störtebecker, Hafenstrasse 126. Während der ganzen Zeit gibt es in den Räumlichkeiten die queer (de)construction site.





AHOI im Juni 02

<u>Balduintreppe, St.Pauli Hafenstrasse, Hamburg</u>

Di, 4.6.	20h Kneipe; Punk und Kickern wie sonst oben
Mi, 5.6.	20h Kneipe; DiscQualifiziert; Gemütlicher Abend mit moderner Musik
Do, 6.6.	20h Klub; Der rote Donnerstagsklub
Fr, 7.6.	21h Party; Latin Grooves; Margarita-Saufen für Soli
Sa., 8.6.	21h Party; Audio Affairs
Di., 11.6.	20h Kneipe; Punk und Kickern wie sonst oben
Mi., 12.6.	20h Kneipe; Gemütlicher Abend mit moderner Musik
Do, 13.6.	20h Klub; Der rote Donnerstagsklub; three-word-dj-team
Fr, 14.6.	21h Party; Trash Records
Sa, 15.6.	21h Party; Beatz 'N' Rhymes Plattform
Di, 18.6.	20h Kneipe; Punk und Kickern wie sonst oben
Mi, 19.6.	20h Kneipe; Gemütlicher Abend mit moderner Musik
Do, 20.6.	20h Klub; Der rote Donnerstagsklub
Fr, 21.6.	21h Party; Bass Bus
Di, 25.6.	20h Kneipe; Punk und Kickern wie sonst oben
Mi, 26.6.	20h Kneipe; Gemütlicher Abend mit moderner Musik
Do, 27.6.	20h Klub; Der rote Donnerstagsklub



Rote Flora im JUNI 2002

Sa.1.6. 21Uhr	HC-Konzert: Books Lie (US Punk-Core) Flamingo Massacres + Eniac
Di.4.6. 18-23Uhr	Dubcafe_Black Famous sound
Do.6.6. 21Uhr	HC-Konzert:12 hour turn (usa)
Fr.7.6. 21Uhr	HC-Grindcore Konzert: y.Agnes Kraus+Yaköpse
Sa.8.6. 17Uhr (girls only)	boys go to jupiter to get more stupider,girls go to mars ,become rock stars Glam jam mit Musik von der Platte ,Essen und Filmen…später 5 Bands :Tschilp, Karl Heinz, Heidiland, marca ZENIT und DON'T NOD NO MEN-NO DOGS!
So.9.6. 21Uhr	HC/Punkkonzert:Stand still (E)+the getaway drivers Intensiver HC zwischen 400 years und at the drive in + melodischer Punkrock aus Ostwestvalen
Di.11.6. 18-23Uhr	Dubcafe_ Inity sound
Di.11.6. 21Uhr	Post HC-Granaten:Trapdoor fucking Exit und your halo is a radar
Do.13.6. 19:30Uhr	Halle oben: Info-Veranstaltung zum Land-in-Sicht-Camp Ab dem 16. August wird es in Hamburg ein bundesweites linksradikales Camp geben. Ziel des Land-in-Sicht-Camps ist es, in der Stadt, in der der Rechtspopulist Schill zum Innensenator gewaehlt wurde, die autoritaere Formierung der Gesellschaft zu thematisieren und anzugreifen und Widerstandsstrukuren aufzubauen.
Fr.14.6. 23Uhr	Inna Zion Soundstation, Sugar Chicken, A-Team Soundsistas und ital acoustic;Dancehallreggae
Sa.15.06. 22:30	Soli Party: Wie es euch gefällt! (art cafe) Drum n Bass, Reggae, live performance
Di 18.6. 18-23Uhr	Dubcafe_ I-tal acoustic
Fr.21.6. 23Uhr	Reggaekeller club ev. goes elektro
Sa 22.6.	Kopf!:hören Frauenbandsampler Compilationreleaseparty Konzert: Schlampen ficken besser (Rock), AntraK (emo-electro core), Below (electropop), - Videoinstalationen
Di 25.6.18-23Uhr	dubcafe_weed acoustix

Im Rahmen der queerrr streetdays für einen politischen csd vom 27.-30.6 finden zwei Veranstalungen in der Flora statt: more: www.queerrrstreetdays.de

Fr.28.6. 21Uhr	come queer-my gender is music Konzert :marca Zenit, Holy May, Rythim King and her friends Dj's Glow Girls, Inger
Sa.29.6. 23Uhr	queerrr streetdays Party mit diversen Dj's

Rote Flora - REGELMÄßIGE TERMINE:

Montag	ab 19Uhr	Kochsession veganes essen
Montag	ab 17Uhr	offenes Motoradwerkstattschrauben und klönen
Montag	18:30-21Uhr	Fahrrad Selbsthilfe Werkstatt
Montag und Donnerstag	17-19 Uhr	Archive der sozialen Bewegung Tel.: 433007
Dienstag	18-23 Uhr	Dubcafe
Mittwoch	17 Uhr	„art?-cafe"
Donnerstag (1.+3.)	ab 19 Uhr	Kochkollektiv veganes essen
Donnerstag (2.+4.)	ab 19:30Uhr	Anti Castor Cafe
Sonntag	ganztägig	Studio F sendet aus der Flora (fsk 93.0)
Sonntag	ab 17 Uhr	Cafe Niemandsland richtige Politik, echter Kaffee und frischer Kuchen

